

## Rezensionen

**Grit Poppe, Niklas Poppe: Die Weggesperrten. Umerziehung in der DDR – Schicksale von Kindern und Jugendlichen, Berlin, Propyläen Verlag 2021, 416 S., € 22,00**

**Falk Mrázek: Erwachsenwerden hinter Gittern. Als Teenager im DDR-Knast, Leipzig, Evangelische Verlagsanstalt 2020, 224 S., € 12,00**

Dem eigenen Anspruch nach war die DDR ein kinderfreundliches Land. Immer wenn es bei den Betroffenen zum Widerstand gegen die gewünschte Heranbildung zu "allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten" kam, sah die Praxis jedoch wenig kinderfreundlich aus. Umerziehungsmaßnahmen durch das „Kollektiv“, Arbeit und Disziplin prägten den Alltag. Ein Minderjähriger, der sich nicht in den „vermeintlichen Existenzkampf des Sozialismus integrieren ließ“ (S. 18), sollte durch Zwang zur Einsicht gebracht werden. Was das für die Kinder und Jugendlichen konkret bedeutete und welche Folgen das für jeden einzelnen hatte, dem gehen Grit und Niklas Poppe in ihrem Buch *Die Weggesperrten* nach.

Grit Poppe ist bereits durch ihre Romane und Geschichten, die sie seit 1989 für Kinder und Jugendliche schreibt, bekannt und wurde schon mehrfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Deutsch-Französischen Jugendliteraturpreis. Für ihr neues Buch hat sie Menschen getroffen, die als Kinder in Heimen missbraucht und erniedrigt wurden. Anhand von 28 Fallgeschichten schildert sie gemeinsam mit ihrem Sohn Niklas Poppe das Umerziehungssystem in der DDR. In weiteren Beiträgen geht es um den Umgang mit „Schwererziehbaren“ in der NS-Zeit, um das Schicksal der „Verdingkinder“ auf Schweizer Bauernhöfen sowie um fragwürdige Erziehungsmethoden in Einrichtungen der Bundesrepublik bis zur Gegenwart. In dem Buch kommen die Betroffenen selbst zu Wort.

Im Anhang sind ihre Kurzbiografien abgedruckt. In Interviews berichten sie über Hintergründe für ihre Zwangseinweisung und ihre Erlebnisse im Heim. Jedem Kapitel ist eine kurze Analyse zur jeweiligen Anstalt vorangestellt. Außerdem ist in dem Band eine kurze Darstellung der Kinderanstalten und Umerziehungspraktiken im 20. Jahrhundert enthalten.

Die ersten beiden Kapitel widmen Grit und Niklas Poppe der Umerziehung in der DDR. Beschrieben wird, wie sich das SED-Regime seine gesetzlichen Grundlagen für die Übergriffe schuf und dafür sorgte, dass Heime bald nur noch vom Staat betrieben werden durften. Das lag in der Logik des Systems, das den Eltern vorschrieb, ihre Kinder zu „staatsbewußten Bürgern“ zu erziehen. Eine besondere Verschärfung für Heimkinder trat mit der „Verordnung über die Spezialheime der Jugendhilfe“ 1965 ein, die diese deutlich von Normalkinderheimen abgrenzt und „schwererziehbare“ Kinder und Jugendliche definiert. Viele ehemalige Insassen erlebten die Zeit in den Umerziehungslagern als eine Zeit voller Missbrauch und Demütigungen. Ihre Zeitzeugenberichte sind bestürzend. Roland Herrmann zum Beispiel verbrachte die ersten zwei Jahre nach der Geburt in einer Wochenkrippe. „Ich war ein abgeschobenes Kind“, schreibt er im Rückblick. Auf Wunsch seiner Mutter kam er mit 14 Jahren in ein Heim. „Es war ein Knast. Mit Gittern vor den Fenstern, einer hohen Mauer mit Glasscherben, Stacheldraht und Einzelzelle.“ Nach einem erfolglosen Fluchtversuch wurde er zu einem Jahr Jugendhaft verurteilt. Im Jahre 2012 gründete er mit ehemaligen Insassen den Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“, dessen Vorsitzender er ist. Ergänzt werden die Erlebnisse ehemaliger Heimkinder durch einen Bericht Ulrike Poppes, die als 21jährige als „Zuführerin“ im Durchgangsheim Alt-Stralau in Berlin-Friedrichshain arbeitete. Ihre Aufgabe sei es gewesen, Kinder und Jugendliche „zu begleiten“, die in ein anderes Kinderheim bzw. in den Jugendwerkhof kamen oder

zu ihren Eltern zurückgebracht wurden. Sie habe es in Alt-Stralau nur ein knappes Jahr ausgehalten, schreibt sie, weil sie „unfähig war, etwas gegen die schlimmen Zustände im Durchgangsheim zu tun“. Nach 1945 sei eine ausgrenzende Denkkungsart jedoch nicht wirklich verschwunden, wenn es darum ging eigensinnige Jugendliche aus der Gesellschaft zu entfernen, so Poppes Resümee.

Im dritten Kapitel untersuchen Grit und Niklas Poppe den Umgang mit „Schwererziehbaren“ in der NS-Zeit. Dabei sei es weniger um den Versuch der Umerziehung wie im SED-Regime gegangen, vielmehr fielen unliebsame Jugendliche häufig dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer. Im Jugendkonzentrationslager Uckermark etwa wurden die Insassen Teil der rassenhygienischen Forschung, die dem Zweck gedient habe, die „Existenz größerer asozialer und krimineller Familien aufzudecken“. Insgesamt seien zwischen 1933 und 1944 etwa 3000 Jugendliche als Häftlinge in Lagern festgehalten worden. Auch hier enthält das Buch traurige Biografien. Anita Köcke z. B., die mehrfach aus Lagern flüchtete, kam nach einer Odyssee durch verschiedene Gefängnisse schließlich in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Alfred Grasel war 15, als er wegen seiner „jüdischen Abstammung“ in das Erziehungsheim am Spiegelgrund bei Wien gebracht wurde. Zwischen 1940 und 1945 wurden dort in der „Kinderfachabteilung“ etwa 800 Minderjährige umgebracht, da sie von den NS-Erziehern als „unbrauchbar“ eingestuft worden waren. Alfred Grasel selbst überlebte. Bei zwei Biografien entschieden sich die Autoren, die Namen zu anonymisieren, weil „die Texte sensible Beschreibungen und Verweise auf Dritte enthalten“. Gisela R. und Manfred H. wurden 1942 als 5-Jährige wegen „Schwachsinn“ in eine „Kinderfachabteilung“ eingeliefert. Beide wurden in der Landesheilanstalt Uchtspringe umgebracht, nachdem die NS-Fürsorgeerziehung auf ihre „Aussonderung“ gedrängt hatte. Die

Morde wurden meist durch eine Überdosierung mit einem Beruhigungsmittel verübt. Auf der Sterbeurkunde von Gisela R. stand als Todesursache Marasmus, Mangelernährung. Manfred H. starb angeblich an Brechdurchfall. Für Kinder und Jugendliche, die als schwer erziehbar galten, habe die nationalsozialistische Fürsorgeerziehung einen Begriff erfunden: „Reichsausschusskinder“. Danach standen sie per se im Verdacht, minderwertig und „erziehungsunfähig“ zu sein.

Die Parallelisierung der „Umerziehung in der DDR“, der „Erziehungswillkür und des Missbrauchs von „Heimzöglingen“ in der Bundesrepublik und des Schicksals von „Verdingkindern“ in der Schweiz mit den nationalsozialistischen Euthanasie-Heimen ist allerdings problematisch. Weder in der DDR noch in der Bundesrepublik oder der Schweiz zielte der Umgang mit Heimkindern auf die „Ausmerzung von lebensunwürdigen Kindern“.

In der Bundesrepublik hat es nach der Wiedervereinigung lange gedauert, bis das Thema der Misshandlung in Heimen in das Blickfeld der Politik rückte. Erst 2012 richteten Bund und Länder die Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ und „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ ein. Doch für etliche Betroffenen war das zu spät. Bis heute ist das Leben der meisten von ihnen noch von den Heimerlebnissen geprägt. Die Nachwirkungen sind wenig erforscht. Zudem sind die Schicksale der Betroffenen in den Umerziehungseinrichtungen in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Das möchten Grit und Niklas Poppe mit ihrem Buch ändern. In ihrem letzten Kapitel beschreiben sie die massiven Menschenrechtsverletzungen in kirchlichen und staatlichen Einrichtungen der Bundesrepublik und in der Schweiz. Auch hier kommen Betroffene zu Wort. Otto Hinrich Behnck berichtet über seine Zeit im Landesfürsorgeheim Glückstadt im Süden von Schleswig-Holstein, Lisa Brönni-

mann über ihre Geschichte als Verdingkind auf einem Schweizer Bauernhof. Warum man sie wegspernte, sei ihnen lange Zeit ein Rätsel geblieben. Körperliche Züchtigungen und Misshandlungen hätten sie als normal akzeptiert. Eine Rehabilitation blieb bis heute aus. Viele der in Jugendwerkhöfen und Spezialkinderheimen Weggespernte mühen sich bis heute vergeblich um ihre Rehabilitation.

Die Autoren schreiben in ihrem Vorwort, die Geschichten der Betroffenen seien außerhalb der Geschichts- und Sozialwissenschaft nur wenig beleuchtet worden. Das stimmt nicht ganz. Denn bereits 1993 sprach Martin Hannemann vor der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ über die Heimerziehung in der DDR und benannte die „dunklen Seiten“ der Umerziehung von jungen Menschen. Im Jahre 2015 setzte schließlich der Deutsche Bundestag eine Aufarbeitungskommission ein und förderte mehrere Forschungsprojekte. In der Zwischenzeit schrieben Betroffene ihre eigenen Geschichten, wie etwa Heidemarie Puls, die sich mit ihrem Buch „Schattenkinder hinter Torgauer Mauern“ als erste diesem Tabuthema widmete. Leider wird sie im Literaturverzeichnis von Poppes Buch nicht erwähnt.

Mit der Publikation von Falk Mrázek *Erwachsenwerden hinter Gittern* liegt ein weiteres Zeitzeugnis zur DDR-Umerziehungspraxis vor. Die stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte Nancy Aris leitet den Band mit einem sachkundigen Vorwort ein. Das Besondere an dem Erlebnisbericht Mrázeks sei der Einblick in eine Zwangsarbeitswelt, die den meisten DDR-Bürgern seinerzeit verschlossen blieb, so Aris. Detailliert beschreibe Falk Mrázek die Haftbedingungen in den verschiedenen Haftanstalten, die veralteten Maschinenparks, in denen er zur Arbeit gezwungen wurde, die Arbeitsabläufe an der Aluminiumpresse und die unsäglichen Verhältnisse im Chemiekombinat Bitterfeld. Mrázek widmet sein Buch Volker

Bausch vom Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg e.V. in Chemnitz, der ihn ermutigte, seine Geschichte aufzuschreiben.

Falk Mrázek, aufgewachsen in Bischofswerda, war 15 als seine Eltern einen Ausreiseantrag stellten. Der Antrag wurde abgelehnt, doch in der Schule begannen die Sticheleien. Kurz vor seinem 18. Geburtstag schmiedete er einen Plan, um die Ausreise zu erzwingen. Er fuhr nach Ost-Berlin zum Brandenburger Tor, zwängte sich durch die Grenzabspernung und lief mit erhobenen Händen in Richtung Westen. Für diese Aktion verurteilte ihn ein DDR-Gericht zu 14 Monaten Haft. In der Haft träumt er vom Kurfürstendamm in West-Berlin und vom Mittelmeer. Doch die Realität holt ihn stets zurück in eine „graue Lagerroutine“, wie er schreibt, die geprägt war von Schlägen, Drill, Arbeitsdiensten, Demütigungen und Übergriffen - bis ihn die Bundesrepublik freikaufte.

*Angela Schmole*

**Bernd Greiner: Made in Washington. Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben, München: Ch. Beck 2021, 288 Seiten, 16,95 Euro**

Man hätte eigentlich meinen können, die antiamerikanischen Vinylplatten (oder Schallplatten) der (Alt-)68er seien längst abgespielt und krächzten allenfalls noch unbeachtet vor sich hin. Aber dann kommt doch ein Epigone und legt den Song noch einmal auf; sozusagen im Anschluss an seine (Anti-)Kissinger-Biografie hat Bernd Greiner nun eine Geschichte der US-Außenpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorgelegt, auf dem Cover mit gefakten Patronenhülsen, in die der Stempel „Made in Washington“ eingepreßt ist. Reichlich geschmacklos von Verlag und Gestalter, verführe man so auch mit Russland, Großbritannien oder Frankreich? Kurz zusammengefasst: Das ist noch nicht einmal eine Streitschrift, das ist bestenfalls eine unreflektierte, monomane Abrechnung, mit hochrotem Kopf

verfasst. Dem Leser (und der Leserin) begegnet faktisch ein Ein-Personen-Stück, ein Schurke namens USA auf der Bühne, der es gar nicht mit irgendwie nennenswerten Gegnern zu tun hat, sondern der nur denkbar brutal ein Maximum an Herrschaft zu erringen und zu behaupten sucht, gegen Akteure, die allenfalls schemenhaft auftauchen, die weder Konzept noch Gewicht haben, böse Absichten schon gar nicht und unentwegt antizipierend in die Seile getrieben und dort mit linken und rechten Haken eingedeckt werden.

Außenpolitik ist immer Interaktion, Sicherheitspolitik im engeren Sinne mindestens ebenso. Davon ist hier keine Rede. Hier toben sich die USA blutig aus, in Korea, in Vietnam, im Irak, hier riskieren sie das atomare Inferno 1962 in der Kuba-Krise und 1973 gegen Ende des Jom-Kippur-Krieges, ohne dass es auf der Gegenseite nennenswerte Herausforderungen und Gegenspieler gäbe.

Das lange konzeptionelle Ringen in Washington zwischen Idealisten und Realisten, sozusagen in der Bandbreite zwischen Woodrow Wilson und Henry Kissinger, fehlt hier ebenso wie nicht seltene (vermeintliche) amerikanische Schwächezeichen, die die Gegenspieler im Kalten Krieg geradezu zur Aggression einluden, vor dem Beginn des Korea-Krieges, an dessen Anfang schließlich eine völlig unprovokierte nordkoreanische Invasion im Süden des Landes stand, bei der Begegnung zwischen Nikita Chruschtschow und John F. Kennedy im Frühsommer 1961 in Wien, als die sowjetische Führung den Eindruck gewinnen (konnte), es mit einem schwachen neuen Präsidenten zu tun zu haben, was Berlin-Krise und Mauerbau ab dem 13. August 1961 massiv inspirierte. Schließlich die Suez-Krise von 1956, als Washington die alten, hier aggressiv agierenden europäischen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich an die Kette legte.

Über einzelne Vorgänge hinaus steht der Befund, dass hier die zentralen Muster

von Groß- und Weltmachtspolitik vollkommen ausgeblendet werden. Was wäre im Kalten Krieg aus der Weltmacht USA und den von ihr nun einmal machtpolitisch abhängigen Verbündeten geworden, hätten die USA Korea einfach in die sowjetisch-chinesische Hemisphäre fallen lassen, die Installierung sowjetischer Nuklearwaffensysteme auf Kuba achselzuckend hingenommen, Israel im Stich gelassen und vielleicht sogar die Westsektoren Berlins zur Strangulation freigegeben? Schwer vorstellbar, dass nach solchen Vorgeschichten der Kalte Krieg 1989/90 so geendet hätte, wie er realiter geendet hat. Wäre dann eine internationale Struktur entstanden, die nicht wenige Alt-68er akklamiert hätten? Das mag sein, aber des Rätsels umfängliche Lösung kann hier noch nicht liegen.

Offenkundig schwingen in einer Darstellung wie bei Greiner nicht nur die üblichen antikapitalistischen Vorbehalte der europäischen Linken gegen die USA mit. Alles spricht dafür, dass es noch einen zweiten Strang gibt, die tief verwurzelte kulturelle Ablehnung des westlich-amerikanischen Modells in zumindest ansehnlichen Teilen der deutschen Gesellschaft (deutsche Kultur gegen schnöde westliche Zivilisation) mindestens seit den Zeiten des Kaiserreiches.

Auf der welthistorischen Habenseite der USA ist gewiss positiv zu verbuchen, dass es ihnen nach 1945 gelungen ist, die drei bis dahin irrlichternden, imperial-totalitären Großmächte auf der Gegenseite, Deutschland, Japan und Italien, ökonomisch, politisch und kulturell einer höchst erfolgreichen Erziehungsarbeit zu unterziehen. Dem großzügigen Hegemon können aber viele wohl bis heute nicht verzeihen, dass er sie aus der historischen Schmuddel- und Schmollecke herausgeholt hat.

Würde man die Maßstäbe von Greiner in die absehbare Zukunft fortschreiben, dann sollte Washington wohl sein Einverständnis an Peking erklären, falls Taiwan in das Imperium der chinesischen Volksrepublik

heimgeholt würde, auch gegen den Widerstand seiner über 20 Millionen Bewohner. Was aber wäre mit einer solchen Politik des weltpolitischen Appeasements gewonnen, nicht nur strategisch, sondern auch normativ im Sinne der Grundsätze von Freiheit und Menschenwürde?

Wer sich am deutschen Buchmarkt differenziert über Traditionen, Anschauungen und Kräfteparallelogramme der amerikanischen Außenpolitik unterrichten will, der findet durchaus seriöse Angebote, ob die älteren Studien von Christian Hacke (Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J.F. Kennedy bis G.W. Bush, Berlin 1997), ob die umfangreiche Studie von Klaus Schwabe „Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte“ (Paderborn u. a. 2006). Gleichwohl wäre es gut, wenn Greiners antiamerikanisches Elaborat, bemerkenswerterweise im renommierten Münchener Verlag Beck erschienen, bald eine fundierte Antwort fände.

*Peter März*

**Bettina und Hans Asmus: Die Intelligenzsiedlungen in Ost-Berlin 1949–1961. be.bra wissenschaft verlag, Berlin-Brandenburg 2021, 240 Seiten, 28 Euro**

Die Intelligenz bereitete der SED von Anfang an Probleme. Das Ökonomielexikon der DDR definierte die Intelligenz als eine „soziale Schicht, deren Angehörige vorwiegend geistige, eine hohe Qualifikation erfordernde Arbeit leisten“. Man brauchte sie, aber mochte sie nicht besonders. Die herrschende kommunistische Oberschicht begegnete den „Intelligenzlern“ mit Mißtrauen. Sie seien schwankende Gesellen, argwöhnte bereits Lenin, die der straffen Führung durch die Partei der Arbeiterklasse bedürfen. „Nach der Machtergreifung“, meinte er, müsse „man unter der Diktatur des Proletariats Millionen Bauern und Kleinproduzenten, Hunderttausende Angestellte, Beamte, bürgerliche

Intellektuelle umerziehen und sie alle dem proletarischen Staat und der proletarischen Führung unterstellen“. Den Spezialisten aus der Intelligenz müsse die Sowjetmacht notgedrungen in einer Übergangsperiode „möglichst gute Existenzbedingungen gewährleisten“. So dachten auch die gelernten Marxisten-Leninisten in der SED-Führung.

Bereits vor der offiziellen Gründung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden liefen gut ausgebildete Geistesschaffende aus besagter Schicht in Scharen vor der sich formierenden neuen Ordnung und ihrer Mangelwirtschaft davon. Viele von ihnen freilich auch, weil sie sich der bis 1945 real existierenden nationalsozialistischen Diktatur angedient hatten. Da fähige Wissenschaftler und Künstler aber gebraucht wurden, galt es Anreize für akademische Fachkräfte zu schaffen, die sie im Land hielten.

Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) leitete angesichts der Abwanderung von Akademikern im März 1949 eine Reihe von Vorhaben für „eine weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz“ ein. Bei der Deutschen Wirtschaftskommission wurde ein Förderungsausschuss eingerichtet, der im Frühjahr 1950 in „Förderungsausschuss für die deutsche Intelligenz beim Ministerpräsidenten der DDR“ umbenannt wurde. Das Gremium sollte durch die Vergabe von Privilegien für Angehörige der Intelligenz dafür sorgen, daß sie in der DDR blieben. Eines dieser Privilegien bestand in der Zuteilung bzw. Kreditierung von Eigenheimen. Der „Förderungsausschuss für die deutsche Intelligenz“ beschloss im März 1950 „zum Bau von Eigenheimen für die Intelligenz“ aus dem bereitgestellten Kreditfonds in Höhe von 10 000 000 Mark „bis Ende 1950 mindestens 250 Bauten so zu finanzieren, daß die Häuser zu diesem Termin bezugsfertig sind“. Das war ein kühner Plan, der planwirtschaftlich nicht realisiert werden konnte. Mit einem Jahr Ver-

spätung konnten 93 der für Ost-Berlin projektierten Eigenheime aber doch fertiggestellt werden.

Den drei Intelligenzsiedlungen, die schließlich 1952 bezugsfertig waren, widmet sich die Untersuchung des Ehepaars Bettina und Hans Asmus. Die Autorin hat Geographie und Geologie studiert und lange Jahre im Management von Energieversorgungsunternehmen gearbeitet, bevor sie sich als Stadt- und Kunstführerin in Berlin selbständig machte. Ihr 2020 verstorbener Mann hat als Professor an der Fachhochschule der Polizei in Sachsen-Anhalt zahlreiche Beiträge zur Polizei-, Kriminalitätsforschung und Polizeigeschichte veröffentlicht. Diese beruflichen Qualifikationen des Autorenpaars führten zu profunden Untersuchungsergebnissen mit Darstellungen über die die administrativen, bau- und sozialgeschichtlichen Kontexte der drei Intelligenzsiedlungen in Ost-Berlin.

Bei der Auswahl des Baugeländes legte der Landschafts- und Gartenarchitekt Reinhold Lingner Wert darauf, daß den Bewohnern durch „landschaftliche Schönheit, Wald und Wasser“ ein Wohnumfeld geboten würde „wie die im Westen der Stadt liegenden Gebiete“, in denen solche Leute wohnten. Für die drei Intelligenzsiedlungen wurden nach einer entsprechenden Entscheidung des Berliner Magistrats Baugelände in Grünau und Niederschönhausen freigegeben. Die Baupläne für die verschiedenen Haustypen stammten von dem Funktionalisten Hans Hopp, von 1951 bis 1957 Präsident des Bundes Deutscher Architekten in der DDR. Das Asmus-Buch enthält für alle vier Haustypen Hopps dessen Entwurfszeichnungen sowie Fotografien der fertigen Bauten. Auch mehrere der Zeichnungen Reinhold Lingners für die Gartenanlagen den Häuser sind in dem ansehnlich gestalteten Buch dokumentiert.

Aufschlussreich sind auch die politischen Werdegänge der Intelligenzsiedlungsbewohner, denen Bettina und Hans Asmus

detailliert nachgegangen sind. Neben ausführlichen biografischen Darstellungen belegen mehrseitige Tabellen über die einzelnen Siedlungen die Nachbarschaft von bewährten KPD-Künstlern und aus dem Exil zurückgekehrten NS-Verfolgten mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Nazi-Mitläufern im neuen privilegierten Siedlungsgebiet. So wohnten in benachbarten Parzellen der Beatrice-Zweigstraße 4 bis 10 die kommunistischen Dichter Erich Weinert und Kurt Barthel vis-à-vis von Prof. Dr. Eduard Winter (NSDAP seit 1939) und Prof. Dr. Walter Neye (NSDAP seit 1933). Unter den zahlreichen Professoren aller Fachrichtungen, Ingenieuren, Architekten, Ärzten, Schriftstellern, Künstlern und Schauspielern haben die Autoren in ihrem 50 Personen umfassenden Sample auch zwei Angehörige der „herrschenden Klasse“ ausgemacht, die Helden der Arbeit Adolf Hennecke und Hans Garbe.

Den Bewohner-Tabellen ist neben den beruflichen Qualifikationen auch die freiberufliche Tätigkeit etlicher Bewohner für das Staatssicherheitsministerium samt der ihnen dort verliehenen Decknamen zu entnehmen. Die Hüter der sozialistischen Ordnung und Gesinnung trauten im Sinne Lenins der Zusammenballung von „Intelligenzern“ in der Siedlung nicht über den Weg. Sie waren unter Kontrolle zu halten, auch durch ihre staatstreuen Nachbarn mit inoffiziellem Auftrag. Eine besondere Variante eines hintergründigen deutschen Misstrauens haben die Autoren im MfS-Schriftgut ausgemacht: „Bei der Aufklärung verdächtiger Bewohner wurde in den Berichten immer wieder auf die jüdische Abstammung von einzelnen Personen hingewiesen.“ Höhepunkte dieses „latenten Antisemitismus“ seien in den frühen 50er Jahren im Kontext des Slánský-Prozesses sowie nach Israels Erfolg im Sechstagekrieg 1967 gegen die von der DDR hofierten arabischen Staaten festzustellen.

Nach dem Ende der DDR und dem Berliner Bauboom hat die Stadtentwicklung

den insularen Charakter der DDR-Intelligenzsiedlungen überwuchert. Obwohl dort auch heute noch überwiegend „Geistesschaffende“ wohnen, ist die „Kolonie für die Intelligenz“ mit der DDR untergegangen. Die Untersuchung von Bettina und Hans Asmus über die Intelligenzsiedlungen und ihre Bewohner bewahrt dessen ungeachtet dieses ungewöhnliche sozialistische Bauexperiment vor dem Verschwinden aus der Berliner Stadtgeschichte.

*Jochen Staadt*

**Andrea von Treuenfeld: *Leben mit Auschwitz. Momente der Geschichte und Erfahrungen der Dritten Generation*. München: Gütersloher Verlagshaus 2020, 255 Seiten, 20 Euro.**

Die Funktion des Erinnerns – bewusst oder unbewusst – ist eine der wohl menschlichsten Fähigkeiten. Die Frage, was und wie erinnert wird, bestimmt das Denken und Handeln eines jeden Menschen. Auschwitz nimmt sich dieser Erfahrung an.

Stellvertretend für die „*Verbrechen an der Menschheit*“ (S. 15) ist das Konzentrations- und Vernichtungslager weit mehr als ein Symbol der kollektiven Erinnerung geworden. Weit über Grenzen, ethnische Zugehörigkeiten und Generationen hinaus, steht es bis heute mahnend als historische Zäsur.

Der Umgang mit den Erinnerungen an die systematisch begangenen Verbrechen wurde für die Betroffenen-Generation eine Lebensaufgabe. Auch beinahe achtzig Jahre nach der Befreiung des Vernichtungskomplexes steht für die Überlebenden die Angst vor Auschwitz für die Erinnerung an Auschwitz. Stand der schmerzhafteste Verlust von zahllosen Familienangehörigen auch der Gründung einer eigenen Familie entgegen (S.14), blieben die Erinnerungen immer präsent.

Auf die Frage, welchen Stellenwert und Einfluss Auschwitz bis heute auch auf die

Nachkommen hat, findet Andrea von Treuenfeld in ihrer neuen Publikation Antworten: Mit „*Leben mit Auschwitz. Momente der Geschichte und Erfahrungen der Dritten Generation*“ lässt die freie Journalistin und Autorin Enkelinnen und Enkel von Überlebenden eindrucksvoll zu Wort kommen. Nachdem sie bereits für ihre Publikation „*Erben des Holocaust: Leben zwischen Schweigen und Erinnerung*“ mit vielen direkten Nachkommen, den Kindern von Shoah-Überlebenden reden konnte, gibt sie mit ihrem neuen Sammelband abermals interessante Ansätze zum Wirken des Familiengedächtnisses.

Stellvertretend für viele Lebensgeschichten und Leidenswege, veranschaulicht von Treuenfeld in ihrer Publikation, anhand ausgewählter Beispiele, wie unterschiedlich der Umgang mit den traumatischen Erinnerungen innerhalb der eigenen Familie verlaufen konnte.

Im Hauptteil des Sammelbandes und im Wechsel mit kapitelartigen Einschüben zur Historie des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz zeichnet die Autorin gemeinsam mit vierzehn Enkelinnen und Enkeln die besonderen Lebensgeschichten der Großeltern nach. In bewegenden und sehr offenen Erzählungen berichten die Nachkommen, wie sie erstmals in den Kontakt mit den Erlebnissen ihrer Familie und Auschwitz kamen. Und ihre Darstellungen ähneln sich – sie sind von Momenten geprägt, in denen sie die Tätowierungen auf den Armen der Großmutter oder des Großvaters entdeckten. Sie eint das Gefühl, schon im Kindesalter die feinen melancholischen Nuancen im familiären Miteinander verspürt zu haben. Doch vor allen ist ihnen gemein, dass sie in der Auseinandersetzung mit dem Schicksal ihrer Großeltern das große Bedürfnis entwickelten, Fragen zu stellen.

Anders ihre Eltern. Bei den Kindern der Überlebenden waren die traumatischen Erlebnisse kaum kommuniziert worden. Als direkte Konsequenz bildeten sich zwischen ihnen und der Betroffenen-Genera-



tion verschiedenste Mechanismen zur Bewältigung heraus, um die Erlebnisse erträglich zu machen: ein bewusstes Verdrängen, ein stilles Ertragen oder das Funktionieren-Müssen.

Die Enkelin Barbara Bisický-Ehrlich berichtet etwa: *„Da war so viel Schmerz, auch im Erleben meiner Mutter, die es nun wirklich schwer hatte, weil sie die Traumata ihrer Eltern ungefiltert abbekommen und sehr gelitten hat. (...) Um sie aufzufangen, mussten wir [Kinder] funktionieren.“* (S.78) Was für die Überlebenden über einen langen Zeitraum zum Alltag geworden war, blieb für die direkten Nachkommen kaum zu ertragen. Im Versuch, sich gegenseitig vor den Erinnerungen zu beschützen, schwiegen die Überlebenden und ihre Kinder taten es ihnen gleich; aus Angst, ihr Schmerz könnte nicht im Ansatz vergleichbar zum Erlebten der Eltern sein.

Und das Schützenwollen setzte sich von der Zweiten zur Dritten Generation fort: In ihren Erzählungen berichten die Enkelinnen und Enkel des Sammelbandes, dass sie sich vor allem in ihren Jugendjahren, in einer sehr sensiblen und prägenden Zeit für junge Menschen, mit der Thematik bewusst begannen auseinanderzusetzen: *„Es ist ja Teil meiner Familiengeschichte und ich möchte verstehen, was das alles bedeutet hat.“* (S.47)

So formuliert es Rebecca de Fries etwa, als sie von ihrer Großmutter spricht, die sowohl Auschwitz, das Frauen-KZ Ravensbrück als auch einen Todesmarsch überlebte. Kurz vor dem Tod ihrer eigenen Mutter hörte Erna de Fries, dass sie überleben und erzählen solle, *„was man mit uns [den Inhaftierten] gemacht hat.“* (S. 48) Fast achtzig Jahre später wird auch ihre Urenkelin dieser Aufforderung im Sammelband nachkommen.

In der Auseinandersetzung mit den Erinnerungen an Auschwitz ist das Einfühlungsvermögen, mit der sich die Enkelinnen und Enkel dem Schicksal ihrer Fami-

lie annehmen, bemerkenswert. So umsorgte die junge Enkelin Vanity Katz lange Zeit ihren Großvater: *„Er wollte einfach nicht, dass man Fragen stellt. Er hat auch nie mit seinen Freuden über seine Geschichte geredet. Nur mit seiner Familie. Und anscheinend war ich die, mit der er am besten darüber reden konnte (...) und ich war diejenige, die zeigen wollte, dass ich die Starke bin und ihn beschützen kann.“* (S.29) Mit ihrer Großmutter, die sich als Kind hinter einem der Öfen in Auschwitz versteckte und so überlebte, konnte die junge Vanity hingegen nicht sprechen. Und die Akzeptanz für ihre Entscheidung war da.

Die heutige gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Auschwitz wird durch Zäsuren wie „Halle“, stetige antisemitische Ressentiments oder Alltags-Rassismen kontinuierlich angestoßen, doch gleichwohl auch belastet. *„Damals wie heute“* finden Übergriffe statt, wie auch Tatjana Schmidt berichtet, Enkelin eines Sinto und einer Sintizza (S. 178).

Publikationen wie die von Andrea von Treuenfeld können helfen, den Nachkommen bei der Aufgabe zu helfen, die Erinnerungen an die Erlebnisse zu bewahren und im Kontext des leider altersbedingt zu verzeichnenden Rückgangs der Zeitzeugenschaft ins Bewusstsein zu rufen. Dass die Autorin die höchst unterschiedlichsten Schicksale der Betroffenen mit ausgesprochenem Feingefühl wiedergeben konnte, mag das größte Verdienst ihrer Publikation sein. Mit einem gelungenen Vorwort des Psychoanalytikers Dr. Kurt Grünberg der auch am Konzept der Interviews mitwirkte (S. 8), führt Andrea von Treuenfeld von Beginn an empathisch in die komplexe Thematik der Zeitzeugenarbeit ein. Ihre Wahl von Beiträgen ist heterogen, eine Opferkonkurrenz bildet sich zu keinem Zeitpunkt heraus. Leider bleiben genauere Erläuterungen aus, inwieweit die Autorin selbst in die Gespräche involviert war. Nicht ersichtlich sind der Entstehungsprozess sowie die Bearbeitung der Interviews und welcher Methodik von



Treuenfeld gefolgt ist. Auch bleibt aus, inwieweit die Sozialisation, das Aufwachsen in der Bundesrepublik oder in der DDR, die Erinnerungen der Nachkommen prägen konnte.

Mit allen kapitelartigen Ergänzungen zum Ort Auschwitz – dem Zeitpunkt seiner Planung und Entstehung, seinem Alltag, seiner Grausamkeit, seiner Befreiung – räumt sie der Historie des Ortes sowie seinem Wirken als heutigem Erinnerungsort Raum ein. Doch auch hier lässt Andrea von Treuenfeld offen, wie der erinnerungshistorische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR verlief. Mit einem Ausblick auf die Nachkriegsjahre greift sie in Auszügen den westdeutschen Umgang mit der komplexen Thematik auf und erläutert unter anderem die Auschwitz-Prozesse. Auch aktuelle Debatten schließt sie mit ein, etwa die bis heute geführten Prozesse mit Angeklagten wie dem SS-Unterscharführer Oskar Gröning.

Andrea von Treuenfeld gewährt einen umfassenden Einblick in „den Ort, der der Hölle am nächsten ist“ (S. 78). Mit Zeugnissen tiefster Menschlichkeit gelingt es ihr, die Erinnerungen an diesen Ort mahnend wachzuhalten und den Betroffenen zu gedenken.

*Sarah Brumm*

**Wolfgang Welsch: Widerstand. Eine Abrechnung mit der SED-Diktatur: Berlin: Lukas Verlag 2021, 379 Seiten, 24,90 Euro**

Wolfgang Welsch hat in den beiden letzten Jahrzehnten mehrere Arbeiten zur Geschichte des Widerstands gegen die SED-Diktatur vorgelegt, wobei es ihm oft nicht zuletzt um die Darstellung seines persönlichen Beitrages zu diesem Komplex geht. Wer seine Biografie kennt, wird das nachvollziehen können. Seine Widerstandshandlungen, die er als Jugendlicher und junger Mann ausgeführt hat, haben ihm in den letzten Jahren des Ulbrichts-Regimes

mehrere Haftstrafen eingebracht, schließlich zum Freikauf durch die Bundesregierung geführt. In den siebziger Jahren war er als Fluchthelfer in einer Weise aktiv, dass er den besonderen Zorn der MfS-Führung auf sich zog. Mehrere von ihr geplante Attentate konnten er und seine Angehörigen mit viel Glück überleben und führten nach der Wende zum Selbstmord eines angeklagten Hauptverantwortlichen und zu einer längeren Haftstrafe für einen der Akteure. Welsch musste erleben, dass sein Engagement von Behörden und weiten Kreisen der Öffentlichkeit der Bundesrepublik nicht nur nicht anerkannt, sondern behindert und verurteilt wurde – durchgehend von den siebziger Jahren bis in die Gegenwart. Bei den aktuellen Diskussionen um die Ursachen der Implosion der DDR Ende 1989/Anfang 1990 sieht Welsch eine starke Tendenz, die Rolle der DDR-Bürgerbewegung ungerechtfertigt herauszustellen, während die Auswirkungen der Fluchtbewegung – die er als Widerstandshandlung versteht – auf den Zusammenbruch des Regimes heruntergespielt werden. Exponenten beider Auffassungen und auch Welsch neigen offenbar dazu, die Rolle des äußeren Faktors, insbesondere das Taktieren und Agieren der sowjetischen Führung, nicht adäquat zu berücksichtigen. So geht Welsch von einem Irrtum Günter Schabowskis aus, der zur Maueröffnung am 9. November 1989 geführt habe. Am 18. Oktober 2021 hat der Sprecher des Berliner Bürgerkomitees 1501, Christian Booß, mit dem Theologen Ehrhart Neubert und dem Religionssoziologen Detlef Pollack über das Thema „Opposition ohne Volk? Kontroverse um die Rolle in der friedlichen Revolution“ diskutiert. Alle drei haben wissenschaftliche Arbeiten über die Opposition und über den Zusammenbruch der DDR vorgelegt – in der Diskussion kamen externe Impulse nicht vor.

Welsch geht es um eine korrekte Darstellung der Rolle widerständigen Handelns in der DDR und die Bedeutung der Bürgerbewegung. Er sieht einen prinzipiellen

Gegensatz zwischen beiden Verhaltensweisen: Wer Widerstand geleistet oder die DDR verlassen hat, hat das Land geschwächt und einen Beitrag zu seinem Zusammenbruch geleistet. Die Bürgerbewegung, insbesondere die unter dem Dach der Kirchen entstandenen und handelnden Basisgruppen, stand nicht in einem prinzipiellen Gegensatz zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, ihr Ziel war deren Reformierung, ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Welsch schließt nicht aus, dass manche Gruppen in bestimmten Phasen Aktivitäten entfaltet haben, die die Stabilität des Systems beeinträchtigt haben, sie müssten aber konkret bestimmt werden. Für die Person Welsch ist bemerkenswert, wenn er die Möglichkeit erwähnt, dass sich ein kommunistisch geprägter Mensch „mit (zunächst) guten Bestrebungen“ auf das Regime einlässt.

Das eher bescheidene Auftreten von Widerstand in der deutschen Geschichte führt Welsch auf Besonderheiten der Geschichte zurück, insbesondere auf das Wesen des wilhelminischen Zeitalters, die Menschen seien noch bis in die fünfziger Jahre dadurch geprägt gewesen; es handle sich um „historisch antizipierten, unterwürfigen Gehorsam“. Dann sei es im Westen zu einer Abkehr von nationalsozialistischen Denkmustern gekommen, begünstigt durch das Wirtschaftswunder und die Hinwendung zu demokratischen Werten – ein Trend, der ab 1968 zu einer ideologisierten, marxistisch geprägten Fixierung bei vielen Studenten (Ablehnung des Terminus „Totalitarismus“) mit schwerwiegenden Folgen bis in die Gegenwart geführt habe. In der SBZ und dann in der DDR sei das sowjetisch-stalinistische Gesellschaftsmodell und Menschenbild durchgesetzt worden. Welsch erwähnt Fälle von Widerstand in den Jahren nach 1945 und in den fünfziger Jahren, auch Sabotagehandlungen in den Haftanstalten der DDR, vergleichbar Verhaltensweisen in den Konzentrationslagern der Hitlerzeit. Verheerend hätte sich die Anpassung der Bevölkerung an das System und das

daraus resultierende Mitläufertum ausgewirkt – das „Furchtbarste in der Diktatur“. Für die Stabilität des Systems sei der „Verrat der Intellektuellen“ (wie bereits in den dreißiger Jahren hinsichtlich des Stalinismus) und die Systemaffinität der kulturellen Eliten bedeutsam gewesen. Über die unter Willy Brandt und Egon Bahr 1970 begonnene „neue Ostpolitik“ („Wandel durch Annäherung“) äußert sich Welsch ausgesprochen negativ, sie habe letztlich zu einer verlängerten Lebensdauer der DDR beigetragen. Die DDR habe die KSZE-Schlussakte und internationale Menschenrechtspakte unterschrieben, ohne dass sich ihre Innenpolitik, insbesondere die Behandlung politischer Gegner, geändert habe. Unter Honecker sei das MfS zahlen- und statusmäßig aufgewertet und das politische Strafrecht verschärft worden. Die 1981 in einer MfS-Anweisung festgelegten „Einsatzgrundsätze“ über ein äußerst hartes Vorgehen gegen Widerständige seien noch 1988 angepasst worden. Hinsichtlich der Gesamtzahl politischer Häftlinge und widerständiger Bürger schließt sich Welsch den Berechnungen von Karl-Wilhelm Fricke (1949 bis 1989 ca. 250 000) und Bernd Eisenfeld (20 000 bis 25 000 aktiv widerständige Bürger jährlich) an; bei jedem vierten Häftling habe es sich um einen „Politischen“ gehandelt, schätzt Welsch.

Im Mittelpunkt seiner Darstellung steht die Fluchtbewegung, in deren Folge es einem Großteil der DDR-Bewohner bis zum 13. August 1961 gelang, das Land zu verlassen. Zwischen diesen „Republikflüchtlingen“ und denen, die sich danach – oft unter Lebensgefahr – zu diesem Schritt entschlossen oder später als „Ausreisewillige“/Botschaftsbesetzer in Erscheinung traten, sieht Welsch keinen prinzipiellen Unterschied. Es trifft sicher zu, dass fast jedes Verlassen der DDR einen Verlust für das Land bedeutete (wohl nicht die Rentner, die nach 1964 besuchsweise in die Bundesrepublik fahren konnten und mitunter geblieben sind), aber nicht für alle,

zumal bis zum Mauerbau, standen politische Gründe im Vordergrund – insofern sollte nicht pauschal von Widerstand gesprochen werden. Die Bundesbehörden haben damals nicht ohne Grund den „Flüchtlingsausweis C“ ausgestellt, wenn der Übersiedler konkrete politische Gründe benennen konnte. Eine Darstellung der Flüchtlingsproblematik sollte auch berücksichtigen, dass viele Flüchtlinge die Bindungen zu ihren zurückgebliebenen Verwandten und Bekannten aufrechterhalten haben, sofern letztere dazu bereit waren. Die auf dieser Basis gepflegten Beziehungen haben später (z. B. nach der Amnestie vom Oktober 1964) durch Besuche und Gedankenaustausch sicher vielfach auch zu einer Schwächung des DDR-Regimes geführt.

Widerstand gegen bestimmte Ansprüche der SED leistete im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende die evangelische Kirche. Im Buch fehlt der mutige Bischof Otto Dibelius, dessen Wirkungsmöglichkeiten erst durch den Mauerbau beschränkt wurden. Nachdem die Kirche den Kampf gegen die Jugendweihe verloren hatte, hat sie sich ab den sechziger Jahren zunehmend als „Kirche im Sozialismus“ verstanden. Diese Anpassung erfolgte, da die Kirchenleitungen ihre Position halten wollten; sie distanzieren sich sogar von der Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“. Einzelne Pfarrer – erwähnt wird Oskar Brüsewitz – haben sich in der Folgezeit gegen die Politik der SED gewehrt, ebenso einzelne katholische Würdenträger. Sehr negativ äußert sich Welsch über die Neuapostolische Kirche, deren Anpassungsverhalten seiner Meinung nach eine direkte Fortsetzung ihrer Politik in der NS-Zeit war; Welsch hat sich mit diesem Komplex detailliert beschäftigt. Ab den siebziger Jahren entstanden in der DDR zunehmend mehr Basisgruppen mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen. Viele konnten ihre Aktivitäten unter dem Dach der Kirchen entfalten. Hatte sich das MfS bislang auf die Kontrolle der Gottesdienste beschränkt, so sorgte es nun dafür,

dass verlässliche Personen diese Gruppen infiltrierten. Viele Leiter, wie auch diejenigen der außerkirchlichen Basisgruppen, strebten durchaus Veränderungen des DDR-Regimes an, stellten es aber nicht prinzipiell in Frage. Gegenüber Mitbürgern, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, sei man negativ eingestellt gewesen, viele hätten sie regelrecht gehasst. Welsch nennt die Anzahl der Gruppen und der an ihnen Beteiligten: 160 mit 2500 Personen, davon 600 als „harter Kern“ und 60 als Feinde – dabei erwähnt er nicht, dass es sich um Zahlen des MfS von Mitte 1989 handelt. An den großen Demonstrationen im Sommer und Herbst 1989 haben sich diese Gruppierungen nicht beteiligt; es waren unbekannte Personen, die sich zu diesem mutigen Schritt entschlossen hatten. Welsch versäumt nicht, auf die fatalen Fehleinschätzungen der Situation in der DDR Mitte 1989 durch die Bundesregierung – und noch stärker durch die SPD-Führung! – hinzuweisen. Die oppositionellen Reformer waren in dieser Zeit damit beschäftigt, Parteien zu gründen und Parteiprogramme zu verfassen. Ihre systemimmanente Einstellung haben die Bürgerrechtler bis Ende 1989 beibehalten, was sich dann auch bei den Verhandlungen am „Runden Tisch“ gezeigt habe. In dieser Phase sei es der SED und dem MfS gelungen, wichtige Schritte zur Sicherung ihrer Positionen und dem Wohlergehen ihrer Mitarbeiter zu unternehmen. Auch manche Vertreter der Opposition haben sich in diese Strategie einbeziehen lassen: Welsch erwähnt in diesem Kontext insbesondere Rainer Eppelmann, der als Verteidigungsminister der Modrow-Regierung veranlasste, das Archiv des Militärischen Nachrichtendienstes der NVA zu beseitigen.

Im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag gibt es für Welsch nur ein positives Moment: Eine Amnestie für Tätergruppen wurde abgelehnt. Allerdings sei dies in der Folgezeit – durch Entscheidun-

gen der höchsten bundesdeutschen Gerichte – aufgeweicht worden. Fatal sei, dass versäumt worden ist, das MfS als verbrecherische, kriminelle Organisation zu definieren. Eine Anerkennung und angemessene Entschädigung für politische Häftlinge sei – bis heute – nicht erfolgt. Welsch vermutet, dass die Anerkennung zeitverzögert erfolgen werde, ähnlich wie dies bei der verspäteten Anerkennung des Widerstandes gegen die NS-Diktatur der Fall gewesen sei. Er macht sich auch zum Fürsprecher des Personenkreises, der durch die Bodenreform in der SBZ seinen Landbesitz verloren hat und ebenfalls nicht angemessen entschädigt worden ist. Die Behauptung der Bundesregierung, die Hinnahme der Bodenreform als Voraussetzung für die sowjetische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung zu bezeichnen, treffe nicht zu – wobei sich Welsch auf spätere Äußerungen von Gorbatschow bezieht. Welschs Vermutung, dass die 1990 getroffene Entscheidung der Bundesregierung im Zusammenhang mit den in diesem Jahr anstehenden Wahlen – und die vermutete Mentalität der ostdeutschen Neubürger – zu sehen ist, ist nicht von der Hand zu weisen. Als Skandal bezeichnet Welsch das „Ministergesetz“, das im Oktober 2008 in Kraft getreten ist und das den Ministern der Modrow-Regierung, von denen mehrere als „MfS-nah“ gelten müssen, eine großzügige „Ehrentpension“ zugestanden hat. Auch sei die überproportional gute Altersversorgung von über 750 000 „System-Sachwaltern“ nicht nachzuvollziehen.

Sehr deutlich fällt Welschs negative Beurteilung der Aufarbeitung der Geschichte des letzten Jahrzehnts der DDR aus. Dass im Ergebnis einer großen Zahl von Ermittlungsverfahren nur 42 Personen eine Haftstrafe antreten mussten, bedeute, dass die Aufarbeitung des SED-Unrechts gescheitert sei. Die Arbeit und die Publikationen der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages seien kaum noch präsent, viel entscheidender und nachhaltig wir-

kend sei die Einrichtung der „Bundesstiftung Aufarbeitung“ unter Rainer Eppelmann. Gefördert würden von ihr im Wesentlichen nur Forschungsvorhaben, die von der führenden Rolle der Bürgerrechts-Opposition beim Abgesang der DDR ausgehen. Dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk gehe das noch nicht weit genug: Es sollten sich vor allem „ostdeutsch geprägte“ Wissenschaftler mit der DDR befassen, um sie und ihre Bevölkerung angemessen darzustellen.

Die Lektüre des Buchs ist anstrengend, zumal eine sinnvolle Systematik fehlt und es unzählige Wiederholungen gibt. Die Polemik gegen dem Verfasser missliebige Personen, die auch übermäßig pejorative Adjektive einbezieht, dürfte manchen Leser stören. Nicht alle Ausführungen werden quellenmäßig belegt. Leider fehlt ein Personenregister. Vieles im Buch ist Lesern, die Welschs andere Bücher gelesen haben, bekannt. Einige Überlegungen, insbesondere zum Verhältnis von Widerstand und Bürgerrechtsbewegung, sind durchaus anregend.

*Bernd Knabe*

**Günter Knoblauch: Chronik einer angekündigten Flucht. Norderstedt: Book on Demand (BoD) 2021, 471 Seiten, 15,90 Euro**

Insgesamt 2 222 Kilometer legte Günter Knoblauch auf seiner Flucht von Ost- nach Westdeutschland zurück. Um im Sommer 1971 von Dresden nach München zu gelangen, musste er einen Umweg über die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Österreich nehmen. Heute benötigt man für die 459 Kilometer von der Elb- zur Isarmetropole auf der A9 viereinhalb Stunden. Günter Knoblauchs Fluchtgeschichte liest sich wie ein Abenteuerroman und ist doch nichts als die reine Wahrheit über die Realität im geteilten Europa des 20. Jahrhunderts. Mehreren Tausend DDR-Bürgern gelang bis zur ungarischen Grenzöffnung im Früh-

ling 1989 die Flucht über eines oder mehrere der „sozialistischen Bruderländer“ des SED-Regimes. Doch Günter Knoblauch dürfte der einzige sein, der sein eigenes Fluchtvorhaben bei der DDR-Generalstaatsanwaltschaft angezeigt hat. Am 29. August 1970 schrieb er dem Chef dieser Einrichtung, Josef Streit, einen Brief, in dem er ihm mitteilte, er habe an diesem Tag „den Entschluß gefasst bzw. sah ich mich zu dieser Entschlussfassung gezwungen, die DDR nächstens illegal zu verlassen“. Ein Jahr später hat Günter Knoblauch seine der DDR-Justiz angekündigte Flucht erfolgreich in die Tat umgesetzt. Knoblauchs autobiografische Darstellung enthält auch die lange Vorgeschichte seiner Flucht. Als Student der TU Dresden geriet er in die Fänge des Staatssicherheitsdienstes und in deren Haftanstalt. Die Stasi hielt ihn für „hinreichend verdächtig“, durch eine „Verbindungsaufnahme zu verbrecherischen Organisationen und versuchten Grenzdurchbruchs die politisch-ökonomischen Grundlagen der Deutschen Demokratischen Republik angegriffen und gefährdet zu haben“. In endlosen Vernehmungen versuchten die MfS-Experten herauszufinden, mit wem Günter Knoblauch „konspiriert“ hatte, wer von seinem Freundeskreis über etwaige Fluchtpläne informiert war etc. pp. In der Wohnung seiner späteren Frau wurden Abhöranlagen eingebaut und gegen mehrere Freunde Postkontrollen verhängt. Wie es Günter Knoblauch gelang, die Stasi-Experten auszutricksen und seine Freunde zu warnen, soll hier nicht geschildert werden. Nachzulesen ist das im spannenden Kapitel seines Buches „Der Feind“.

Nach einem kurzen Geheimprozeß landete der nicht geständige Angeklagte für ein Jahr und acht Monate im „Gelben Elend“ Bautzen. Nach seiner Entlassung im Frühjahr 1968 folgte Konflikt auf Konflikt mit dem SED-Regime bis hin zur Aberkennung seines akademischen Grades, nachdem er seine Ausreise aus der DDR beantragt hatte. Seine Diplomarbeit war

zu diesem Zeitpunkt bereits in der Fachpresse veröffentlicht und eine Patentanmeldung erfolgt. Als er, wie gefordert, seine Diplomurkunde im Prüfungsamt der TU Dresden zurückgeben wollte, lehnten es die dort anwesenden beiden Mitarbeiterinnen ab, sie entgegenzunehmen. „Herr Knoblauch“, sagte eine von ihnen, „diese Schweinerei machen wir nicht mit“.

Obwohl inzwischen verheiratet und Vater eines kleinen Jungen entschloss sich Günter Knoblauch, die Flucht in den Westen zu wagen. Das SED-Regime und seine Vollstrecker, die ihn über Jahre traktiert hatten, trieben den hochbegabten Ingenieur faktisch aus dem Land. Mehr als drei Jahre musste er für die Übersiedlung seiner Frau und seines Sohnes kämpfen. Wie er das schließlich erreicht hat – die Liebe kennt keine Grenzen! Bei Siemens in München fand der DDR-Flüchtling sein berufliches Glück, elf Jahre gehörte er später dem Obersten Führungskreis des Unternehmens an. Die TU Dresden rehabilitierte ihn unter ihrem Rektor Hermann Kokenge am 21. August 2007. Mit zahlreichen Veröffentlichungen und einer eigenen Internetseite (<http://www.knobimuc.de/index.html>) engagiert sich Günter Knoblauch gegen das Vergessen der SED-Diktatur. Seine „Chronik einer angekündigten Flucht“ erzählt eine Geschichte, die hoffentlich in der politischen Bildung ihren Platz findet. Sie ist es unbedingt wert, und der Preis des Buches macht es leicht möglich.

Neben den Erinnerungen des Autors sind der Darstellung etliche Dokumente als Faksimiles beigelegt, die zeigen, mit welchem absurden Aufwand der DDR-Staatssicherheitsdienst sich dem „Feind“ Knoblauch gewidmet hat. Doch die beigelegten Aktenstücke sind nur eine kleine Auswahl des MfS-Materials. Insgesamt belaufen sich die gegen Knoblauch, seine Frau und den Freundeskreis angelegten Stasipapiere auf mehr als 10 000 Seiten. Letztendlich aber scheiterte die DDR-Geheimpolizei. Trotz angestrebter „lückenloser Kontrolle“ konnte sie nicht verhindern,

daß Günter Knoblauch, seine Frau Uta und ihr Sohn Henrik als freie Menschen ihren selbstbestimmten Weg gegangen sind.

*Jochen Stadt*

**Günter Pelzl: Der Fälscher. Als Forscher im Operativ-Technischen Sektor des MfS. Autobiografie, Berlin: edition berolina 2020, 526 Seiten, 19,99 Euro**

Günter Pelzl ist der erste Wissenschaftler und Entwickler des MfS, der sich in memoiristischer Form über seinen ehemaligen Arbeitgeber äußert. 1948 im thüringischen Ammerbach geboren, gehört er zu der Gruppe der ehemaligen Stasi-Offiziere, die in der DDR aufwuchsen und dort ihre individuelle Prägung erhielten. Wie viele aus seiner Generation profitierte er vom Bildungs- und Sozialsystem des „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates“ und hatte dort auch seine politische Heimat. Als hochqualifizierter Spezialist der Abteilung Operativ-Technischer Sektor (OTS), der auch die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) mit benötigtem Geheimdienstbedarf ausrüstete, sah und sieht er sich in einem elitären Selbstverständnis nicht als Mitarbeiter eines Dienstes, der weitestgehend als staatliche Geheimpolizei agierte, und ignoriert in diesem Kontext auch konsequent die Rolle seiner Abteilungsstruktur bei der Überwachung und Bekämpfung politischer Gegner. Sein Ehrenkodex verbietet ihm zudem auch nach über dreißig Jahren Stasi-Auflösung, die Familiennamen seiner Dienstvorgesetzten zu nennen. Eine realitätsferne und wirkungslose Schutzmaßnahme, da die entsprechenden Personen bereits vor geraumer Zeit durch die Nachschlagwerke des BStU dekonspiziert worden sind.

Die MfS-Karriere Pelzls beginnt bereits mit sechzehn Jahren. Als Inoffizieller Mitarbeiter der Kreisdienststelle Jena wählt der belesene Oberschüler in ironischer Reminiszenz an den Wartburg-Aufenthalt Martin Luthers den Decknamen „Jürgen

Junk“ aus. Im Einklang mit seiner politischen Überzeugung läßt er sich dann ein Jahr später auch für den Eintritt in die SED werben. Vergleichsweise breiten Raum nehmen in seinem autobiographischen Bericht die kurzweilig geschriebenen Passagen über das Studentenleben in Jena sowie über seine Sommerreisen und Trampererlebnisse u. a. in Bulgarien, Ungarn und Polen ein. Mancher DDR-Jugendlicher mag ähnliches erlebt haben. Aufschlußreich sind hier insbesondere die Ausführungen über die Rückreise aus dem Sommerurlaub 1968, welche Pelzl durch die Besetzung der CSSR mit zeitlicher Verzögerung über die Sowjetunion antreten mußte.

Nach seiner Promotion im Fach Chemie rekrutiert das MfS den jungen Doktor rer. nat. 1976 als hauptamtlichen Mitarbeiter und beordert ihn zum OTS nach Berlin. Beim OTS handelt es sich um die Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Stasi. Über ähnliche Spezialstrukturen verfügten alle großen Geheimdienste. Beim KGB existierte das Direktorat Technische Operationen (OT) und beim CIA das Office of Technical Service (OTS). Der Ost-Berliner OTS war dafür verantwortlich, daß der DDR-Inlands- und Auslandsdienst auf das bestmögliche ausgestattet war und auf moderne klandestine Gerätschaften, Mittel, Utensilien und Verfahren zurückgreifen konnte. Angesichts des wachsenden Aufgabenvolumens expandierte die nachgeordnete Spezialabteilung ständig und war immer auf der Suche nach naturwissenschaftlich ausgebildeten Nachwuchskadern.

Innerhalb des OTS wurde Pelzl zunächst der Unterabteilung 34 zugeteilt. Deren Sitz befand sich schräg gegenüber vom zentralen Untersuchungsgefängnis des MfS im Dienstkomplex (DK) Freienwalder Straße und nicht, wie der Autor behauptet, in einem „durch Mauern eingegrenzten Areal in der Nähe der Gehrenseestraße“. In dem großen Gebäude des OTS an der Genslerstraße war weiterhin das

kriminaltechnische Institut (Unterabteilung 32) der Stasi untergebracht.

In seinem Buch beschreibt Pelzl anschaulich unterschiedliche Aspekte und Episoden aus dem Berufsalltag beim MfS. Eingehend widmet er sich dabei seiner Tätigkeit bei der Entwicklung verschiedener Markierungsverfahren. Dabei ging es u. a. um Stempelfarben für die Hauptabteilung VI, die bei den Grenzkontrollen zum Einsatz kamen, sowie um die heute noch aktuelle geheime Kennzeichnung von Gegenständen und Personen mit radioaktiven Nukliden.

Als müsse er sich im Nachhinein rechtfertigen, vermerkt er in diesem Zusammenhang: „Es konnte niemals bewiesen werden, dass das MfS vorsätzlich versuchte, damit Menschen zu schädigen oder gar umzubringen“. Als weiteren Aufgabenbereich der Unterabteilung 34 erwähnt Pelzl die Kenntlichmachung bzw. Entschlüsselung und die Entwicklung von Geheimschriften.

Am 1. Dezember 1982 wurde der nunmehrige Hauptmann als Leiter des Referats „Forschung und Entwicklung“ in die OTS-Abteilung 35, die sagemumwobene „Fälscherabteilung“, versetzt. Jahrelang verorteten die Besucherreferenten der Gedenkstätte Hohenschönhausen diese zu vielen Spekulationen animierende Stasi-Struktur in das unmittelbare Umfeld des zentralen Untersuchungsgefängnisses. In Wirklichkeit lag das streng geheime Objekt außerhalb des DK Freienwalder Straße auf einem mauerumsäumten Gelände neben dem Orankesee an der Roedernstraße 59/60. Die Hauptaufgabe der Unterabteilung 35 bestand in der Analyse und Reproduktion von Ausweispapieren und offiziellen Dokumenten, die die „Kundschafter des Friedens“ der HA A und die Kuriere anderer MfS-Abteilungen bei ihrem Einsatz im „feindlichen Operationsgebiet“ verwendeten. Von Mitarbeitern der Abteilung VI der HV A (Operativer Reiseverkehr), die gleichfalls in der Roedernstraße tätig waren, wurden die ge-

fakten Unterlagen und Pässe dann ausgefüllt bzw. personalisiert. 1985 bewertete das Bundeskriminalamt die Arbeitsergebnisse der OTS-Leute „als im normalen Gebrauch nicht zu identifizierende Totalfälschungen“. Von den Fähigkeiten und Erfahrungen der MfS-Spezialisten profitierten auch die sozialistischen Partnerdienste, wie zum Beispiel der Geheimdienst auf Kuba. Ob die Stasi auch international gesuchte Terroristen mit von ihr hergestellten Papieren ausgestattet hat, thematisiert der Autor nicht. Er erwähnt bezogen auf die 1970er Jahre lediglich „vietnamesische“ und „palästinensische Kämpfer“ sowie „chilenische Patrioten“.

Pelzl war der erste promovierte Naturwissenschaftler in der etwa 100 Stasi-Offiziere umfassenden Unterabteilung 35. In der Folgezeit stieg er zum stellvertretenden Chef dieser OTS-Einheit auf. Ausführlich beschreibt er, wie es der Fälschertruppe gelang, eine vom Original nicht unterscheidbare, perfekte Nachahmung des mit Hologrammen und anderen Finessen bestückten Personalausweises der Bundesrepublik von 1987 herzustellen.

Aber bereits im September 1989 stellten die OTS-Spezialisten dessen Reproduktion wieder ein. Zu dieser Zeit warfen in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten radikale, systemverändernde Ereignisse unübersehbar ihre Schatten voraus und die sich deaktivierende HV A orderte keine weiteren westlichen Identifikationsdokumente mehr. Während der friedlichen Revolution wurde Pelzl noch zum Leiter der Stasi-Fälscher-Abteilung ernannt. Da befand sich der DDR-Geheimdienst, der nun als Amt für Nationale Sicherheit figurierte, bereits in der Auflösung.

Interessant und detailreich sind die Schilderungen des Autors über die endgültige Abwicklung der OTS-Struktur am Orankesee, die ab März 1990 unter Aufsicht und Verantwortung des damaligen Innenministers Dr. Peter-Michael Diestel stand. Zu den letzten Aufgaben der Fälscher gehörte der Druck von Essensmarken und



Knastgeld für den Strafvollzug, aber kurioserweise auch die Herstellung der roten Klappausweise für die Abgeordneten der ersten und letzten frei gewählten Volkskammer der DDR.

Pelz schließt seine Ego-Darstellung, die im lockeren Plauderstil geschrieben ist, mit kurzen „Nachwende“-Erlebnissen und mit familiengeschichtlichen Reminiszenzen ab. Ein persönliches Fazit oder tiefergehende kritische Reflexionen über die mehr als kritikwürdige Rolle des MfS bei der Durchsetzung der politischen Vorgaben der SED oder über den „großen Bruder“ KGB („Ausschreitungen [...] bei den Stalin’schen Verfolgungen und Hinrichtungen“) wird der Leser dort aber nicht finden.

*Peter Erler*

**Jörg Ganzenmüller (Hrsg.): Die revolutionären Umbrüche in Europa 1989/91. Deutungen und Repräsentationen. Europäische Diktaturen und ihre Überwindung, Schriften der Stiftung Ettersberg, Bd. 28, Böhlau Verlag: Köln/Wien 2021, 303 Seiten, 27,99 Euro.**

Jörg Ganzenmüller, seit 2014 Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg, hat am 1. und 2. November 2019 in Weimar – in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen – ein Symposium zum Thema „Die revolutionären Umbrüche in Europa 1989/91“ organisiert. Einer Anmerkung ist zu entnehmen, dass es sich um die achtzehnte Veranstaltung dieser Art gehandelt hat. Elf Beiträge finden sich im vorliegenden Sammelband; ob es mehr Teilnehmerinnen gegeben hat, und ob Diskussionen geführt worden sind, erfährt der Leser nicht. Der Titel des Bandes stimmt auf „revolutionäre Umbrüche“ ein; in den Beiträgen geht es weniger um die Ereignisse von 1989 und 1990 als vielmehr um Entwicklungen in den folgenden drei Jahrzehnten und die inzwischen in vielen Ländern vorgenommenen Relati-

vierungen bzw. „Umdeutungen“ der damaligen Ereignisse. Es wird die Frage gestellt, wie die Zeitzeugen die Umbrüche danach und aus heutiger Perspektive einschätzen, und welche Bedeutung diese Ereignisse für Menschen haben, die nach 1990 geboren bzw. aufgewachsen sind. Ganzenmüller geht der Frage nach, ob hinsichtlich der Entwicklung in der DDR von einer „friedlichen“ oder einer „deutschen“ Revolution gesprochen werden sollte. Nachdem Bundespräsident Richard von Weizsäcker bereits am Tag der deutschen Wiedervereinigung 1990 erklärt hatte, dass das vereinte Deutschland nun „einen Platz im Kreis der westlichen Demokratien“ gefunden habe, hat sich zunehmend die „Meistererzählung von der deutschen Freiheit in Einheit“ durchgesetzt. Dagegen sprachen viele Bürgerrechtler in ihren „Gegenerzählungen“ von einer „verratenen“ Revolution und übten scharfe Kritik am Vereinigungsprozess. Die ab Mitte der neunziger Jahre wiederbelebten Montagsdemonstrationen hätten sich dann vor allem auf aktuelle Probleme konzentriert. Im zweiten Teil seines Beitrages untersucht Ganzenmüller nationale Freiheitsnarrative im östlichen Europa, wobei er betont, die dortigen Schwerpunkte Menschenrechte und Gerechtigkeit sollten hervorgehoben werden. Seiner Behauptung, das politische Denken der Dissidenten in den siebziger und achtziger Jahren sei vor allem vom nationalen Narrativ ausgegangen, ist entgegenzuhalten, dass bei der „Charta 77“ – die übrigens im ganzen Buch nicht auftaucht – die individuellen Menschenrechte im Vordergrund gestanden haben. Ganzenmüller unterstreicht, dass es den gegenwärtigen Führungen Ungarns und Polens vorrangig um eine prinzipielle Änderung des Justizsystems geht.

In den Beiträgen wird entweder eine spezifische Perspektive auf die damaligen Ereignisse gewählt, oder es wird in erster Linie nach der konkreten Bedeutung verwendeter Begriffe gefragt. Ralph Jessen geht von dem 2019 ausgetragenen Disput

zwischen Detlef Pollack auf der einen und Ilko-Sascha Kowalczyk und Werner Schulz auf der anderen Seite aus. Dabei stand die Frage nach den Initiatoren und Triebkräften des Umbruchs 1989 in der DDR im Vordergrund. Jessen untersucht, in welchen früher sozialistischen Ländern damals und später von „Revolution“ oder „Wende“ gesprochen wurde, oder ob andere Begriffe verwendet worden sind. Er konstatiert ein teilweise „übersteigertes Bemühen“ um eine Aufwertung des epochalen Charakters der Ereignisse von 1989 in Deutschland, das sich bis zu einer „kruden Mystifikation“ gesteigert habe. Auf der anderen Seite erinnert er an im Herbst 1989 publizierte Stellungnahmen, die sich dezidiert gegen die Wiedervereinigung aussprachen: beispielsweise ein großer Artikel im *Neuen Deutschland* vom 26. September und der Aufruf „Für unser Land“ vom 26. November 1989. Zu ergänzen wäre dies durch einen Hinweis auf die Bemühungen von SED-Politikern, in Moskau entsprechende Unterstützung zu erhalten. Für Axel Doßmann ist wichtig, wie vorhandene, in den Massenmedien verbreitete Bilder die Vorstellungen von den damaligen Geschehnissen geprägt haben. Zu Recht erwähnt er Protestmärsche in vielen Teilen der DDR und besonders die stark besuchten Demonstrationen in Plauen im Frühherbst 1989, die in der historischen Erinnerung kaum noch eine Rolle spielen. Auch weist er auf die unterschiedlichen Perspektiven hin, aus denen diese wahrgenommen worden sind – beispielsweise aus der Perspektive eines Vertragsarbeiters aus Mosambik, die am Ende des Beitrages hervorgehoben wird. Er weist auch auf die Bedeutung der Flüchtlingsbewegung und die divergierende Einstellung der Bürgerrechtsbewegung zu den „Ausreis(s)ern“ hin. Erinnert wird an W. Kempowski, der bereits in den „Flüchtlingsfluten (...) Vorboten der Wiedervereinigung“ vermutet hatte. Festzuhalten ist Boßmanns Hinweis auf die im Februar 1990 getroffene Entscheidung des Rundes Tisches, die Montagsdemonstrati-

onen abzusagen, da dabei auch rechtsradikale Losungen aufgetaucht waren. Dabei waren diese zum damaligen Zeitpunkt nur in einem geringen Umfang vertreten – und es müsste auch die Frage gestellt werden, ob sie nicht von interessierter Seite lanciert worden sind. Martina Balaeva stellt ein Foto in den Mittelpunkt, das eine lange Warteschlange vor einem Molkereigeschäft in Sofia im Winter 1990/91 zeigt. Ein solches Foto wäre in sozialistischer Zeit undenkbar gewesen – die Zensur verbannte den Alltag aus bildlichen Darstellungen. Damit möchte sie auch zeigen, welchen Stellenwert für viele Bulgaren die alltäglichen Defizite nach erfolgtem Umbruch hatten. Sie weist auch auf die Ursache für die leeren Geschäfte hin: viele Händler hielten vorhandene Waren zurück, da sie auf die absehbare Neuordnung des Marktes und eine weitgehende Preisfreigabe warteten.

Eine literaturwissenschaftliche Studie hat Rainette Lange beige-steuert. Sie stellt ausgewählte Romane vor, in denen deutsche (z. B. J. Nichelmann, *Nachwendekinder*, 2019; J. Hensel, *Zonenkinder*, 2002; J. Schoch, *Mit der Genauigkeit des Sommers*, 2009) und tschechische Autoren und Autorinnen (z. B. R. Hůlová, *Die Hüter des Gemeinwohls*, 2010; M. Pilátová, *Wir müssen uns irgendwie ähnlich sein*, 2007) das Leben von Bürgern beschreiben, die eher zu den Verlierern gehören; es ergeben sich erstaunlich viele Gemeinsamkeiten. Daniel Logemann macht den Leser detailliert mit dem 2014 in Danzig fertiggestellten und am 31. August 2005 durch mehr als zwanzig Repräsentanten europäischer Länder eingeweihten „Europäischen Solidaritäts-Zentrum“ (ECS) vertraut, dessen weiträumige Säle die Entwicklung Polens von 1970 bis in die Gegenwart zeigen; mit Nachdruck weist er auf die inzwischen zunehmend deutliche Kritik an diesem Museum hin. Die vom Verfasser zutreffend charakterisierten Ereignisse von 1980/81, die – zunächst – zum Sieg der widerständigen Arbeiter und Intellektuellen geführt hatten, stuft er als

einen „nicht zu unterschätzenden Faktor beim Untergang des Kommunismus und des sowjetisch dominierten Mitteleuropas“ ein. Da die damaligen Ereignisse nur unzureichend erklärt werden, bilanziert Logemann: „Das ESC ist an dieser Aufgabe glorreich gescheitert.“ Für Ekaterina Makhotina stehen die „Orte des Gedenkens“ in Litauen im Vordergrund, wobei die sowjetischen Rahmenbedingungen und die nationale Bewegung in Litauen adäquat dargestellt werden. Die konsequente Beseitigung des sowjetischen Erbes – in der Gesetzgebung und in visuell wahrnehmbaren Aktionen – wird dem Leser gut nachvollziehbar vermittelt.

Interessante Ansätze zur postfaktischen Charakterisierung der „Runden Tische“ hat Petra Mayrhofer gewählt. Lediglich das Bild vom Runden Tisch in Warschau (5. April 1989) habe sich in der Erinnerung der Europäer als bedeutendes Ereignis eingepreßt. Die Vielzahl der Runden Tische in der DDR und die Übertragung von Sitzungen des Zentralen Runden Tisches durch die staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sei ein Unikat im Kontext des europäischen Reformprozesses gewesen. Zum einen untersucht sie die 2009 in ostmitteleuropäischen Medien erschienenen Berichte zum zwanzigsten Jahrestag der Ereignisse von 1989, zum anderen vergleicht sie die Darstellung der damaligen Ereignisse in aktuellen Schulbüchern. Für die Verfasserin sind die Runden Tische primär „Elitenprojekte“. Mit dem Eintritt von Vertretern der Opposition in die Modrow-Regierung Ende Januar 1990 sei der Runde Tisch ein Instrument der Regierung geworden. Bei dem *einzigsten* Treffen des Runden Tisches in Prag am 8. Dezember 1989 sei es lediglich um das „Aushandeln der Konditionen des Systemwechsels“ gegangen, bereits zwei Tage danach sei die „Regierung der Nationalen Versöhnung“ proklamiert worden. Diese Dynamik ist erstaunlich, da die damalige Führung noch am 17. November 1989 sehr brutal gegen Demonstranten vorgegangen war; dies hatte wenig später

zu einem Generalstreik geführt. Auch für Ungarn konstatiert Mayrhofer eine „Kontinuität der alten Eliten“ – als Zäsur betrachte die Bevölkerung nicht den Systemwechsel, sondern die Umbettung von Imre Nagy (Juni 1989).

In ihrer Analyse der im Zeitraum 1989 bis 2020 verwendeten Narrative heben Alexander Leistner und Anna Lux hervor, dass diese Begriffe erheblichen – und sehr verschiedenartigen – Wandlungen unterworfen worden sind. Sie fragen nach dem Verhalten des aktiven Bevölkerungsteils in bestimmten Zeitabschnitten, wobei die Sicht von heute im Vordergrund steht. Sie erinnern daran, dass es bereits in den achtziger Jahren Konflikte innerhalb der Bürgerrechts- und Oppositionsbewegung und schon im Herbst 1989 „Deutungsversuche von rechts“ gegeben habe. Aufgrund transformationsbedingter sozialer Wandlungsprozesse habe das „Widerstandsnarrativ“ an Bedeutung gewonnen. Dieses Narrativ habe eine Nadelöhrfunktion – dahinter könnten sich ganz unterschiedliche Gruppierungen zusammenfinden. Die Verfasser unterscheiden hierbei eine räumliche, eine soziale und eine symbolische Dimension. Zu ersteren gehörten beispielsweise ostdeutsche Hooligans, selbsternannte Ordner und spontane „Tribunale“. Als Beispiel für die soziale Dimension gehen sie auf die Oberlausitzer Erklärung des Bautzener Bürgerkomitees „Die 89er“ ein. Von einer symbolischen Dimension könne gesprochen werden, wenn frühere ostdeutsche Lebenswelten idealisiert werden, oder wenn ein Bekenntnis zur Demokratie an sich erfolgt, gleichzeitig aber die Institutionen der repräsentativen Demokratie abgelehnt werden. Die Qualifizierung des Umbruchs als „*erster* deutscher Wende“ (Einführung des Terminus durch P. Töpfer 2015) finde sich auch in Deutungen des Umbruchs durch Teile der früheren DDR-Opposition („Erfurter Erklärung“ von 1997, die einen grundlegenden Politikwechsel propagierte). Nach 2000 traten aktuelle Bezüge in den Vordergrund, was sich in Losungen

wie „Wir haben es statt“ (13. Dezember 2001 – gegen die Verschärfung der Sicherheitsgesetze nach dem 11. September 2001), im Wiederbeleben der Montagsdemonstrationen – allein in Leipzig zwischen 1991 und 2016 neun „Protestzyklen“ (D. Rink) – und in der Betonung des Widerstandsnarrativs geäußert hätte. Die ausführliche Darstellung der Positionen Töpfers dürfte manchen Leser überraschen. Man erfährt auch, dass der Runde Tisch die zuständigen DDR-Organen aufgefordert hatte, Töpfer die Presselizenz (für die Wochenzeitung *Der Montag*) zu entziehen. Nach Töpfers Vorstellung werde sich die „zweite Wende“ gegen die „globalistisch-kosmopolitische Besatzung“ richten.

Sehr anregend ist Florian Peters Analyse der postsozialistischen Transformation Polens, deren kontroverse Deutung durch die politischen Lager zu ihrer heute evidenten Polarisierung geführt habe. Während für Liberale und Postkommunisten die 1989 begonnene Entwicklung die „Rückkehr nach Europa“ bedeutet, ist nach Ansicht der Rechtskonservativen seinerzeit lediglich „die Dekoration geändert“ worden; das Zustandekommen der am Runden Tisch getroffenen Vereinbarungen wird sogar mit „Jalta“ verglichen – als Einigung über die Köpfe der anspruchsberechtigten Populationen hinweg. Frühere Weggefährten Walesas und andere oppositionelle Kräfte seien 1989 gegen Verhandlungen mit der Staatsführung gewesen. Der 1989 begonnene Neuanfang sei – im Unterschied zu 1980/81 („ein veritables revolutionäres Ereignis“) – ohne einen „revolutionären Gründungsakt“ und ohne Beteiligung der Bevölkerung erfolgt, es habe sich um eine „liberal-postkommunistische Elitenverschönerung“ gehandelt. Festzuhalten ist der Hinweis des Verfassers auf eine Studie der Wirtschaftswissenschaftlerin Staniszkis. Entsprechend ihrer Untersuchung ist die Verwandlung von politischem in ökonomisches Kapital in Polen in einem deut-

lich geringeren Umfang erfolgt als im übrigen postsowjetischen Raum, da die polnische Öffentlichkeit derartige Tendenzen sehr genau beobachtet habe. 2005 rief J. Kaczynski die Vierte Republik aus, und sein Innenminister erklärte 2017, erst durch die Justizreform werde die kommunistische Phase Polens beendet. Wenn der Verfasser den „historisch im Grunde gegenstandslos gewordenen Antikommunismus“ als Daseinsberechtigung der Rechten konstatiert, so möchte er verdeutlichen, dass Befürchtungen hinsichtlich einer kommunistischen Renaissance unbegründet seien. Damit unterschätzt er aber eine wichtige Komponente der gegenwärtigen Konfrontation der politischen Lager. Wichtig ist die Feststellung, die „große Stunde der Rechten“ sei erst nach Überwindung der anfänglichen Transformationsprobleme und nach der Aufnahme in die westliche Gemeinschaft (NATO, EU) gekommen. Die Bedeutung des Jahres 1989 sei heute „heftiger umstritten als je zuvor“. Peters betont, die „skeptische Neubewertung der postsozialistischen Transformation“ sei keineswegs auf Polen beschränkt.

Entgegen dem liberalen Narrativ, nach der Zusammenführung von „Widerstands- und Freiheitsgeschichte“ sei 1989 die „nationale Selbstbefreiung“ erfolgt, stufen Rechte die damaligen Vorgänge als „Verrat prinzipienloser Kollaborateure“ ein. Der Verfasser hebt hervor, bei beiden Interpretationen komme der internationale Kontext (Gorbatschows Perestrojka, die ökonomische Implosion des Ostblocks, das Agieren westlicher Finanzinstitute) „allenfalls am Rande“ vor; Peters selbst deutet die Rolle polnischer und sowjetischer Geheimdienste an. Ein wichtiges Ziel der Verhandlungen am Runden Tisch und der am Rande geführten Geheimgespräche (unter Beteiligung von L. Walesa und Lech Kaczynski) seien Vereinbarungen für den Fortbestand der kommunistischen Elite gewesen. Als „mildernden Umstand“ für die Verhandlungsführung der Opposition führt Peters die „Offenheit

der damaligen historischen Situation“ an. Auf diese Aspekte weist auch Mayrhofer hin, die dabei an seinerzeit befürchtete sowjetische Aktionen denkt. Peters erleichtert dem Leser den Zugang zum Verständnis der aktuellen Polarisierung in Polen durch den Hinweis auf den 4. Juni 2019. Zum 30. Jahrestag des Umbruchs kamen sowohl der liberale Politiker D. Tusk als auch Ministerpräsident M. Morawiecki nach Danzig. Während ersterer im „Europäischen Solidaritäts-Zentrum“ den Runden Tisch und die darauffolgende politische Entwicklung Polens als großen Erfolg feierte, nahm der Ministerpräsident an einer Veranstaltung der „Solidarität“ teil, bei der die 40. Wiederkehr des ersten Besuches von Papst Johannes Paul II. und der jahrzehntelange Kampf der „Solidarität“ im Mittelpunkt standen. Aufgrund seiner Bewertung einiger in den letzten Jahren durchgeführten Meinungsumfragen geht Peters davon aus, dass sich die jetzige Regierung ihrer bisherigen Mehrheit auf Dauer keineswegs sicher sein kann.

Diskussionen um die Frage, ob es sich bei den Vorgängen im Dezember 1989 in Rumänien um eine Revolution gehandelt habe, illustriert Martin Jung anhand eines 2006 in Cannes gezeigten, preisgekrönten rumänischen Films; für die auftretenden Protagonisten, Bewohner einer Kleinstadt im Osten des Landes, war das offenkundig nicht der Fall. Der intransparente strafrechtliche Umgang mit den Ereignissen von 1989 erschwere bis heute die Klärung einer ganzen Reihe kontrovers diskutierter Fragen. Ein bereits im Januar 1990 von der „Nationalen Front“ erlassenes Dekret amnestierte zahlreiche Vorfälle, die sich im Dezember ereignet hatten – mit der Folge, dass in den nächsten sechs Jahren nur sehr wenige Gerichtsverfahren durchgeführt worden sind. Der Militärführung ist es gelungen, sich als Garant der Stabilität zu präsentieren. Ausgerechnet das höchste Militärgericht kam zu dem Schluss, durch die Flucht N. Ceausescus sei ein „eindeutiger Systemwechsel von

der Diktatur zur Demokratie“ erfolgt. Die an diesem Tag (22. Dezember 1989) als „Revolutionsführerin“ aufgetretene „Nationale Front“ unter I. Iliescu hätte die Revolution „konfisziert“ (D. Cornea im Januar 1990), sodass Oppositionskreise von einer „gestohlenen Revolution“ gesprochen haben. Das brutale Vorgehen der von Iliescu als „Hilfstruppe“ herangeholten Bergarbeiter gegen die Demonstranten auf dem Universitätsplatz, gegen oppositionelle Medien und vermeintliche Intellektuelle hätte die Iliescu-Führung endgültig bloßgestellt. Trotzdem konnte Iliescu bis 1996 Präsident bleiben und 2000 für eine zweite Amtszeit gewählt werden. 2006 setzte Präsident T. Basescu zwar eine „Kommission zur Analyse der kommunistischen Diktatur“ ein, doch hat er sich bei der Präsentation des Abschlussberichts einer eindeutigen Bewertung der im Dezember 1989 und danach erfolgten dubiosen Vorgänge enthalten. Erst 2018 wurde gegen Iliescu, den früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten G. V. Voiculescu und weitere Parteiführer auf der Grundlage eines 2012 in das Strafgesetzbuch aufgenommenen Paragraphen („Verbrechen gegen die Menschlichkeit“) Anklage erhoben. Diese Novellierung soll eine Verjährung von Verbrechen verhindern, die während der kommunistischen Regimes begangen worden sind. Der Hauptanklagepunkt: „Bewusstes Herbeiführen eines von Gewalt geprägten Chaos“, das zum Tod von über 800 Menschen geführt habe. Der Sammelband vermittelt einen guten Überblick über heute vorherrschende Betrachtungen der Wende in der DDR 1989/90 und über Transformationsprozesse in Mittelosteuropa. Die Menschen dieser Länder haben den damals eingeleiteten Umbruch ganz überwiegend begrüßt, sind aber meist passiv geblieben. Den früheren sozialistischen Eliten ist es in der Regel gelungen, auch in der neuen politischen Ordnung herausgehobene Positionen zu besetzen. Die für alle Länder 1989 gegebenen Rahmenbedingungen – RGW, Warschauer Pakt, der Verbund der

Geheimdienste und der Verlauf der Perestrojka – werden vereinzelt am Rande angedeutet (ausführlich bei E. Makhotina). Ganzenmüller konstatiert lediglich die „außenpolitische Ermöglichung der deutschen Wiedervereinigung“, auf die sich Gorbatschow und Kohl im Sommer 1990 im Kaukasus geeinigt hätten. Dass die Gleichzeitigkeit der „revolutionären“ Entwicklungen – angefangen bei den „Runden Tischen“ und endend mit der weitgehenden Schonung der abgelösten kommunistischen Führungen – von einem zentral erarbeiteten „Orientierungsrahmen“ inspiriert gewesen sein könnte, liegt offenbar außerhalb des Vorstellungsvermögens der Verfasser und Verfasserinnen. Es fällt auf, dass frühere Beziehungen zwischen den Menschen der sozialistischen Länder, die grenzüberschreitenden Kontakte zwischen Angehörigen oppositioneller Gruppierungen und mögliche Einflüsse durch die jeweilige nationale Emigration im Umbruch und der Zeit danach unberücksichtigt bleiben (als Ausnahme die Analyse zweier Romane durch R. Lange). Der Herausgeber hat betont, dass der Sammelband keine Vollständigkeit auf die Behandlung des Themas beanspruche. Mit Sicherheit dürften schon bald weitere Deutungsversuche der Ereignisse von 1989/90 und ihrer Folgen zu erwarten sein.

*Bernd Knabe*

**Kunst und Politik: Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft, Band 22/2020, Schwerpunkt: Kunst in der DDR – 30 Jahre danach, Herausgeberinnen: April Eismann, Gisela Schirmer, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2021,**

Im Februar erschien das Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft „Kunst und Politik“ mit dem Themenschwerpunkt „Kunst der DDR – 30 Jahre danach“. Die Guernica-Gesellschaft wurde 1985 von Jutta Held in Osnabrück gegründet und sitzt inzwischen in Karlsruhe. Ihren

Namen trägt sie nach Pablo Picassos berühmtem Gemälde „Guernica“, einer Anklage der Schrecken des Krieges. Sie publiziert Beiträge zur kunsthistorischen Forschung in Bezug auf die Politik des 20. Jahrhunderts – etwa zur Kunst im Spanischen Bürgerkrieg, zu den Künstlern im Exil zwischen 1933 und 1945, zur Geschichte der Kunstgeschichte im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik Deutschland, über Realismus, über Begrifflichkeiten der marxistischen Kunstkritik. Zur Kunstgeschichte der DDR erschienen in der Schriftenreihe der Gesellschaft grundlegende Monografien von Gabriele Saure über Horst Stempel und von Gerd Brüne über Fritz Cremer. Die DDR als solche stand bislang noch nicht im Fokus der Publikationen der Gesellschaft.

Herausgeberinnen des vorliegenden Bandes sind April Eismann, deren Monografie „Bernhard Heisig and the Fight for Modern Art in East Germany“ 2018 erschienen ist, und Gisela Schirmer, Verfasserin mehrerer Werke über Willi Sitte, Co-Autorin seiner soeben wieder aufgelegten Autobiografie „Farben und Folgen“.

Im Vorwort des Bandes erinnert Gisela Schirmer an die Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit und stellt fest: „Wie sie [die Kunst, d. A.] im Osten für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft durch Partei und Staat in den Dienst genommen wurde, ist hinlänglich bekannt. Heute ebenfalls bekannt, aber nur wenig problematisiert werden die geheimen Bemühungen der CIA um die kulturelle Vormachtstellung des Westens.“ In der Anmerkung erscheinen das 2001 erschienene Werk von Frances Stonor Saunders: „Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg“ sowie der Katalog zur Ausstellung „Parapolitik: Kulturelle Freiheit und Kalter Krieg“ im Berliner Haus der Kulturen der Welt 2017/2018. Als bekannt vorausgesetzt und nicht genannt werden grundlegende Forschungen zur Kunst- und Kulturpolitik der DDR wie

etwa Joachim Walthers Klassiker „Sicherungsbereich Literatur“ und die 2000 von Klaus Schröder und Hannelore Offner herausgegebene Publikation „Eingegrenzt-Ausgegrenzt: Bildende Kunst und Parteiherrschaft in der DDR 1961–1989“ mit den Beiträgen u. a. von Hannelore Offner, Andreas Karl Öhler und Hannes Schwenger.

Weiter im Vorwort: „Verbunden mit den Kampfbegriffen Frieden und Freiheit entwickelten sich einander ausschließende Kunstauffassungen, die sich im Westen als autonom verstand, im Osten dagegen die gesellschaftliche Verantwortung des Künstlers ins Zentrum rückte.“ Die Formulierung „sich als autonom verstand“ im Zusammenhang mit „geheimen Bemühungen der CIA“ lässt aufhorchen. Waren demnach westliche Künstler vielleicht gar nicht so autonom, wie man dachte? Agenten, ohne es zu wissen? Marionetten, blind und taub? Ganz anders also als die Künstler im Osten, die ihrerseits auch manchmal Agenten waren – aber mit Absicht? Aber zurück zum Text: Sind künstlerische Autonomie und gesellschaftliche Verantwortung Prinzipien, die einander ausschließen? Haben sowjetisch-sozialistische Künstler wirklich auf Autonomie verzichtet? Aber wenn es so gewesen wäre, was bedeutete das für ihre Arbeit? Es folgt ein Hinweis auf einige neuere Ausstellungen über die Kunst der DDR „die sich jedoch immer zur westlichen Kunstauffassung bekennen. Wortführer sind v. a. Kuratoren der jüngeren DDR-Generation, die die östliche Kunstgeschichte von ihrem Ende her beurteilen und ihre unterschiedlichen Phasen kaum berücksichtigen.“ Ein Hinweis auf die von Eugen Blume und Christoph Tannert kuratierte Ausstellung „Gegenstimmen“ im Berliner Martin-Gropius-Bau 2016, und auf die Ausstellung „Point of no Return“ von Paul Kaiser, Christoph Tannert und Alfred Weidinger 2019 in Leipzig. Im vorliegenden Band also geht es um die Kunst im Sinne der staatlich geförderten Kunst der DDR.

Eine Einführung als Überblick gibt Gerd Dietrich in seinem Aufsatz „Die Aporien des Sozialistischen Realismus“. Um die inhaltliche Auslegung dieser für die Kunst- und Kulturpolitik der DDR grundlegenden, polemisch gegen die „Dekaden“ des „Westens“ gesetzten formalen Anweisung wurden stets Diskussionen geführt. Der Autor skizziert deren Verlauf vom Erscheinen des Begriffs „Sozialistischer Realismus“ in einem Leitartikel einer Moskauer Zeitung im Jahr 1932 über die Durchsetzung dieser Verordnung in den frühen Jahren der DDR und die folgende Auflösung ihrer Verbindlichkeit bis zum Verschwinden des Leitbegriffs aus der theoretischen Literatur in den 1980er Jahren.

Zugleich wird knapp die Kunstgeschichte der DDR umrissen – dazu zählt der Autor rückblickend auch die „Entwicklung neuer Zeichensysteme durch A. R. Penck und Carlfriedrich Claus“, beides Künstler, die nicht als Vertreter des Sozialistischen Realismus galten und nicht staatlich gefördert wurden. A. R. Penck, musste die DDR sogar letztlich verlassen. Weiter erwähnt ist: die „zögerliche, doch zunehmende Hinnahme einer Kunst jenseits des staatlich oktroyierten Wertesystems.“ Eine Frage der Perspektive.

Hervorgehoben wird die Ausstellung „Weggefährten–Zeitgenossen“ zum 30. Jahrestag der DDR, in der die Kuratoren Güntner und Ursula Feist versuchten, einige Künstler, die in der Sowjetisch Besetzten Zone wirkten, dann aber als „Formalisten“ verdrängt worden waren, im Rahmen der großen Retrospektive als Wegbereiter in eine Kunstgeschichte der DDR wiederum zu integrieren. Ganz so harmonisch, wie man beim Lesen des Absatzes vielleicht meinen möchte, verlief diese Geschichte jedoch nicht. Die ambitionierte Konzeption dieser Retrospektive, im Versuch, alte Gräben zu überbrücken, hat damals wiederum zu zermürbenden Konflikten geführt.

Aus der späteren DDR, der Zeit des Verblässens des Sozialistischen Realismus,



erzählt aus einer eher pragmatischen Perspektive Rüdiger Küttner: „Kunsthandel in der DDR. Geschichte und Geschichten eines Zeitzeugen. Die Phantasie ist schlimmer als die Wirklichkeit“. Erinnerung in Assoziationen, Stimmungsbericht, Einschätzungen, Anekdoten – über Zusammenhänge des Staatlichen Kunsthandels der DDR mit dem Volkseigenen Handelsbetrieb Antiquitäten und die Kunst- und Antiquitäten GmbH, über Personalia, über die internationale Zusammenarbeit im Kunsthandel. Kurz: Es ging um Devisen.

Als Zeitzeuge schreibt auch Peter Michel: „Kompendium der DDR-Kunstgeschichte: Die Zeitschrift Bildende Kunst. Ein Chefredakteur erzählt“. Seine Erinnerungen beziehen sich auf seine berufliche Tätigkeit als Chefredakteur der Zeitschrift *Bildende Kunst*, dem Organ des Verbands Bildender Künstler der DDR, von 1974 bis 1987. Er beschließt seinen Beitrag mit einem Bekenntnis: „Die DDR war für mich – wie z. B. für Willi Sitte und viele andere Künstler – auch eingedenk ihrer Fehler und Schwächen das bessere Deutschland. Die Bildende Kunst ist nicht wiederholbar, solange kapitalistische Bedingungen das Leben bestimmen.“ Der folgende Beitrag von Martin Papenbrock „Westbesuche. Die Tendenzen und der Verband Bildender Künstler Deutschlands in den Jahren 1965/66“ gibt Einblick in einen Aspekt der innerdeutschen Beziehungen in der Kunst in den ersten Jahren der Entspannungspolitik: Es geht um die aus dem in der Bundesrepublik verbotenen „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ hervorgegangene Künstlergruppe „Tendenz“ und um deren Zeitschrift *tendenzen*, um den Augsburger Maler Carlo Schellemann und den Kunsthistoriker Richard Hiepe. Behandelt wird dabei vor allem das 1965 erschienene Sonderheft „Künstler in der DDR“, das wegen seiner etwas kritischen Darstellung aktueller Debatten innerhalb der labilen DDR zu Auseinandersetzungen führte. In eben diesem Jahr zeigte der aufstrebende

Maler Willi Sitte aus Halle seine erste Einzelausstellung in der Bundesrepublik Deutschland, in Richard Hiepes „Neuer Münchner Galerie“. Erwähnt werden außerdem einige Ausstellungen der Künstlergruppe „Tendenz“ in mehreren Städten der DDR sowie die deutsch-deutsche Ausstellung „Situation 66“ in Augsburg. Es folgt Gisela Schirmers Beitrag „Willi Sitte und A.R. Penck: Zwei selbstbewusste Künstlerpersönlichkeiten treffen aufeinander“. Wiederum geht es um Willi Sitte, zu dessen 100. Geburtstag im Herbst in Halle eine Retrospektive geplant ist. Der international bekannte Historienmaler war von 1974 bis 1988 Präsident des Künstlerverbandes der DDR, in den sich der international noch bekanntere A. R. Penck nicht integrieren konnte. Ende der 1970er Jahre kam es zur Auseinandersetzung, in deren Folge A. R. Penck 1980 die DDR verließ. Mit Zitaten aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes macht sie dessen bedrängte Lage anschaulich. Sie verteidigt dabei den Präsidenten und auch dessen Blick auf einen Künstler, der ihn forderte.

April Eisman dokumentiert in ihrem Beitrag „Art and Controversy in Dresden: Angela Hampel and Steffen Fischer's Mural for the Jugendclub ‚Eule‘ (1987)“ die Geschichte eines Kunstwerks in der späten DDR. Das neo-expressionistische Wandbild „Jugend in Ekstase“ von Angela Hampel und Steffen Fischer für einen Dresdner wurde in Zusammenarbeit mit dem Büro für Architekturbezogene Kunst gestaltet. Tanzende waren dargestellt, auch Nackte. Die Freie Deutsche Jugend von Dresden-Mitte war davon nicht begeistert. Im Sommer 1990 wurde das Bild von Mitarbeitern des Jugendclubs eigenmächtig übermalt und damit zerstört. Angelika Weißbach stellt in ihrem Beitrag: „Spuren. Suche. Entdeckungen – Ein grafisches Mappenwerk zwischen Auflösung und Neuformierung im Jahr 1990“ schließlich ein letztes Werk aus der DDR vor. Zum 100. Geburtstag des expressionistischen Dichters, Moskau-Emigranten,

Gründers des „Kulturbundes der demokratischen Erneuerung Deutschlands“ und ersten Kulturministers der DDR Johannes R. Becher im Jahr 1991 plante der Kulturbund ab 1989 die Herausgabe einer Grafikmappe. Die Arbeit wurde unter komplizierteren Bedingungen noch über den Beitritt der DDR hinaus fortgesetzt und vollendet, als Erinnerung an den Jubilar, aber auch im Nachdenken über die Zeitläufte – „Die Geschichte geht weiter“. Abschließend einige Beiträge ohne unmittelbaren Bezug zum Rahmenthema. Anna Greve untersucht in „Der Europa-Mythos in der Kunst: Identität – Krise – Ambivalenz im 20. und 21. Jahrhundert“, beschreibt das Motiv „Europa und der Stier“ in mehreren Werken und berücksichtigt besonders die traditionell weiß gefasste Hautfarbe der Europa. In einem weiteren Aufsatz „Museen in Zeiten von Corona: Ändert sich der gesellschaftspolitische Auftrag?“ diskutiert sie das Museum als Objektarchiv.

Martin Papenbrock dagegen blickt zurück und untersucht in seinem Aufsatz „Die Liebe ist die Freude der Armen‘: Zuneigung und Intimität als soziale Motive in Bildern der zwanziger Jahre“ Gemälde von Malern der Arbeiterbewegung: Hans Baluschek, Conrad Felixmüller, Hans Grundig, Max Lingner und Werner Hofmann: Am Ende des Bandes steht sein Nachruf auf den Mitbegründer und späteren Vorsitzenden der Guernica-Gesellschaft Norbert Schneider.

Das Jahrbuch enthält interessante Beiträge zur Forschung, etwas weniger zur Kunst der DDR als vielmehr zu den Bedingungen, in denen sie stattfand. Im Ganzen lässt sich der Band aber auch fortlaufend lesen, als eine erzählende Komposition in mehreren Stimmen. Der Tenor ist mitunter nostalgisch. Eine die Kunst- und Kulturpolitik der DDR „trotz alledem“ bejahende Perspektive wird verteidigt. Die zeitliche Distanz eröffnet aber auch ein weites Feld der Reflexion.

*Felice Fey*

**Michael Meyen: Das Erbe sind wir. Warum die DDR-Journalistik zu früh beerdigt wurde. Meine Geschichte, Köln: Halem 2020, 396 Seiten, 28,-€.**

Kann schon ein Titel skeptisch machen? Ja, vor allem wenn sich derer gleich viere auf dem Cover drängeln. Auf „Das Erbe sind wir“ („wir“ meint wohl die überschaubare Gruppe von Protagonisten der DDR-Journalistikausbildung) folgt ein Titelbild mit Demonstranten des Herbstes 89, die ein Transparent hochhalten. Ihre Losung „!PRESSEFREIHEIT“ füllt die Buchbreite. Diese Demonstranten meinten die Freiheit der Presse unter anderem von benannter Gruppe. Autor Michael Meyen, Professor für Kommunikationswissenschaft in München, scheint das für ein historisches Missverständnis zu halten. Ihm geht es um die heutige Pressefreiheit. Sehen Sie noch durch? Nein? Der Rezensent hat auch so seine Mühe. Selbst die Unterzeile liest sich wie ein (weiteres) Thema: „Warum die DDR-Journalistik zu früh beerdigt wurde.“ Soll das heißen, da war etwas tot, hätte aber besser etwas länger aufgebahrt und obduziert werden sollen? Oder heißt es, da wurde etwas vor der Zeit hinterrücks gemeuchelt, was länger hätte leben müssen? Verwirrend. Und darunter schließlich kommt mit Zeilenabstand: „Meine Geschichte“. Uff!

Viel Stoff und vom WIR zum ICH, auf Seite Null. Dennoch dauert die Einleitung satte 40 Seiten. Was auf dem Cover aussieht, als wäre das Thementableau übervoll, bewahrheitet sich leider im Innern. Und schlimmer, und ebenso leider: Schnell wird klar; es geht dem Autor weniger um Wissenschaft als um Kränkungen – die anderer und die eigene. Und es geht um Schuld. Die benennt Meyen zügig und redet immerhin nicht lange um seine Intentionen herum. Problemaufriss und These kommen eingangs des Vorworts daher, steil und vorwurfsvoll. Eine „Vereinigungsmaschinerie“ habe die Antworten auf damalige wie heute existenzielle Fragen „verschluckt“. Was für ein Bild!

Nun, diese Klage ist nicht neu, originell schon gar nicht. Muss sie auch nicht sein. Davon stimmt viel; so wie vieles eben auch nicht stimmt. Damit wäre es genug, doch Meyen zieht einen größeren Kreis. „Was heute die Welt bedroht, stand schon vor 30 Jahren auf der Tagesordnung.“ Kleiner macht er es nicht und umgibt diese Periode mit einem Glorienschein – vor allem geadelt durch seine eigene Zeitzeugenschaft. Es ist das Dilemma wohl jeder Generation, „ihre“ Zeit für besonders relevant und alles Folgende nur als Abklatsch, Surrogat, Verfälschung zwischen Verirrung und „Konterrevolution“ zu sehen. Dies gilt zumal, wenn die eigenen Vorstellungen nicht Realität geworden sind. So beweint Meyen geradezu die Demissionierung des Fachs Journalistik wie von Fachleuten des DDR-Journalismus, der wohl treffender mit SED-Journalismus beschrieben worden ist. Letzteres leugnet er nicht, doch, so sein Credo, sei darüber wohl schon genug geredet worden, immer das gleiche, gleich böswillig und von schlimmen Figuren. So einfach lief das: Kommunisten wurden geschasst und den „Resten des bürgerlichen Milieus“ sei der Übergang von der einen staatlichen Weltordnung in die andere dagegen nicht schwer gefallen. Aha.

„Mit der Leipziger Sektion Journalistik ist ein Paradigma entsorgt worden, das Forschung und Berufspraxis verbunden hat und heute helfen könnte, die Redaktionen aus der Umklammerung der Politik zu befreien oder von den Zwängen einer kommerziellen Medienlogik, für die Aufmerksamkeit alles ist und alles andere nichts.“ Solche Statements erheischen vor allem selbst Aufmerksamkeit und führen sich damit ad absurdum. Das „Erbe“ der DDR-Journalistenausbildung, so Meyen, werde bis heute ignoriert. „Erbe“ möchte er dabei allein im positiven Sinne verstanden wissen. Klar. Man nehme endlich die guten Zutaten aus dem Rezept der SED-Diktatur, dann flutscht es mit Gegenwart und Zukunft: Margot Honeckers Bildungssystem gegen tumbe Pisa-Kids, SERO gegen

den Wohlstandsmüll, staatliches Gesundheitswesen gegen Pandemie-Chaos, die KWV gegen Wohnungsnot usw. usf. Eigentlich war die NVA auch eine „richtige, deutsche“ und eine Friedens-Armee noch dazu und die „Staatssicherheit“ sooo schlecht nun auch wieder nicht, wie Datenkraken und Cyberangriffe usw. zeigen. Quod erat demonstrandum.

Und jetzt legt uns Meyen die um alles Ungustiöse gesäuberte DDR-Journalistik als Heilmittel für Symptome des heutigen, faulenden Presse-Kapitalismus ans Herz. Totgesagte leben länger? Eine Zombie-Geschichte! Meyen ist sich schon bewusst, dass es minder überzeugend klingt. Er verspricht daher nachzuweisen, „wie die Gängelung durch die Herrschenden ein Journalismusideal füttern konnte, bei dem ‚umfassende demokratische Öffentlichkeit‘ im Zentrum steht: Handwerk statt Haltung.“ Was heißt das?

Unter dem Druck der SED entstanden handwerklich perfekte, nach wirklicher Demokratie strebende Journalisten, Diamanten inmitten kommunistischer Kohle? Sicher; wer wollte das bestreiten? Wie viele aber waren das? Und, welche Relevanz hatten sie im SED-Mediensystem? Wichtige Fragen, die Meyen nicht stellt. Warum wohl? Er forscht hier nicht, er missioniert: „Ich lasse Menschen sprechen, die marginalisiert worden sind oder sich freiwillig zurückgehalten haben, weil sie in der DDR zur Elite gehört haben oder in diesem Land etwas werden wollten. Wir brauchen die vielen Ideen, die in den anderthalb Jahren des langen 89er Herbstes reifen konnten, als die alten Fesseln abgestreift waren und die neuen nur eine Ahnung am Horizont. Ohne diese Geschichten und ohne diese Ideen können wir nicht verstehen, warum es im Osten immer noch gärt und wie wir die Probleme angehen müssen, die das deutsch-deutsche Kleinklein schon jetzt in den Hintergrund rücken lassen.“ Der legendäre Jahrgang 89, Osthang, dreißig Jahre gereifter, edler Tropfen!

Der Autor als Orakel, Cassandra, Aufklärer. Das scheint nicht nur kokett, selbstgerecht und selbstgewiss. „Ich habe mich immer amüsiert, wenn meine Studenten in München akribisch aufzählen wollten, was sich die SED alles ausgedacht hatte, um den Spielraum in den Redaktionen zu begrenzen.“ Was ist daran so lustig? Und was ist daran so falsch? Wohl dies, dass es Meyen nicht passt und er statt dessen „seinen“ Studenten lieber den alten DDR-Kram als neuen heißen Scheiß zur Rettung der rotten Gesellschaft servieren will.

Meyen findet seine DDR nicht wieder im öffentlichen Diskurs. Deren Alltagsgeschichten würden nicht erzählt: „nicht in den Leitmedien, die das DDR-Bild bestimmen“, „auch nicht in den Schulbüchern oder in den Museen, die der Staat finanziert“.

„Es gibt dort keine DDR ohne Stacheldraht, ohne bärbeißige Funktionäre und ohne Spitzel, obwohl der Geheimdienst längst nicht omnipräsent und den allermeisten Menschen vor dem Herbst 1989 eigentlich egal war.“

Belege für diese steilen Thesen bleibt Meyen schuldig. Es wäre jedoch durchaus aufschlussreich nachzuweisen, ob das heutige Abbild der DDR tatsächlich schwarz- oder, im Gegenteil, weich- bis weißzeichnend ist.

In Meyens Kanon der ausgemacht Bösen bekommt auch der Forschungsverbund SED-Staat vor und sein Fett weg – in einer Aufzählung der Vorantreiber einer „Dämonisierung“ des „anderen deutschen Staates“. Meyen kolportiert eine Einschätzung Wolfgang Wippermann. Der Rezensent kann sich gut an dessen Polemik auf einem Universitätspodium erinnern und an das nahezu freundschaftlich kollegiale Gespräch mit ihm beim anschließenden Bier in der Kneipe. Dort sprach der soeben noch polternde Professor mit Mitarbeitern des Forschungsverbundes in sanftem Ton über seine Zeit in einer schlagenden Verbindung und über seinen Vater, ein

Kriegsveteran, den er stets zum Schwimmen begleitete, weil der dabei Hilfe brauchte. Als Soldat der Waffen-SS hatte er im Krieg ein Bein verloren.

So hat jeder seine Geschichten, von und mit Menschen. Für Meyen scheinen nur die eigenen zu gelten. Dass es nach dem blamablen Abtritt der stets großmäuligen, launischen, eifer- wie rachsüchtigen, kleinlichen und gerade vom volkseigenen Journalismus krampfhaft und durchaus oft genug handwerklich perfekt aufpolierten SED-Diktatur und dem im Westen praktizierten, so nachsichtigen wie blauäugigen Umgang mit ihr eine „Delegitimierung“ geboten war, kommt Meyen nicht in den Sinn. Das Ergebnis der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages zur SED-Diktatur sieht er gleichfalls als Beweis für eine Definitionsmacht der Politik. Die habe „erledigt, was sonst Sache der Geschichtswissenschaft ist.“ Was für ein Verständnis der Beziehung von Gesellschaft und Geschichte offenbart der Wissenschaftler hier? Für Jürgen Habermas war es damals ein Ausdruck dessen, dass sich in einer Demokratie die Politik produktiv der Geschichte annehmen kann. Ist es Meyen entgangen, auf wessen Arbeiten sich die Berichte der Kommissionen stützten? Waren das keine Wissenschaftler?

Was dann doch unangenehm auffällt: Meyen wirft anderen vor, die Geschichte der DDR und die des DDR-Journalismus mit einem Federstrich erledigt zu haben. Genau diese Methode beherrscht er selbst bestens. Geschichte würde quasi von den Siegern geschrieben, von Westdeutschen, „Nachgeborenen“, „Zugereisten“, nicht von den „DDR-Eliten“ und jenen, die, wie Meyen von sich selbst behauptet, „in der DDR Spitzenpositionen haben würden, wenn dieser Staat nicht implodiert wäre.“ Die Trauer um diesen persönlichen Verlust durchzieht das Buch wie ein Band privaten Grams über eine nicht gelebte Karriere im Sozialismus. Meyen schreibt, dass er ausersehen gewesen sei, zur Elite der DDR zu gehören. Chefredakteur viel-

leicht: „Das hätte ich mir schon zuge-  
traut.“ Klar, Häuptling, nicht Indianer. Ist  
so etwas der kokette Teil von „Meine Ge-  
schichte“ oder einfach Midlife-Crisis?  
Selbstreferentiell ist das Buch oft: meine  
Erinnerung, meine Interviews, meine  
Lehrveranstaltungen, meine Artikel. Ein  
unangenehmer Anflug von Eitelkeit  
durchweht die Seiten.

Dass heute die neuen Medien der etablier-  
ten Presselandschaft zusetzen, dass For-  
men der Artikulation, des Diskurses und  
der Verständigung auf anderen als von  
Medienhäusern und Journalisten betreuten  
Kanälen und erst recht fernab der Wissen-  
schaft passieren, scheint Meyen zu igno-  
rieren. In den 1990er Jahren fragte sich der  
Rezensent, wer in der DDR wohl ein  
Handy bekommen hätte, später, wie der  
SED-Staat mit dem Internet umgegangen  
wäre. Sollte die Journalistikausbildung  
der DDR tatsächlich Rüstzeug bieten, der  
gegenwärtigen Medienkrise zu begegnen?  
Meyen behauptet genau das. Er führt nur  
keinen Nachweis. Als Problem bleibt für  
ihn somit nicht die marode DDR, sondern  
das wiedervereinigte Deutschland.

Meyen stilisiert sich damit als einen, der  
1990 im eigenen Land ins Exil gegangen  
sei. Der, wie andere, „auch all das tief in  
uns vergraben [hat], was den hegemonia-  
len Diskurs hätte aufbrechen können. (...)“  
Wer Erfahrungen oder Ideen hat, die der  
dominanten Deutung widersprechen,  
muss entweder schweigen, um seine Re-  
putation nicht zu gefährden, oder in Aren-  
en ausweichen, die der Stimme von vorn  
herein jede Wucht nehmen.“ Ist es ver-  
werflich, dass der Gedanke aufkommt,  
wie der Mann ausgerechnet in diesem  
furchtbaren Land Professor der Kommuni-  
kationswissenschaft werden wollte und  
konnte, mit Förderung der „Abwickler“  
und „Totengräber“ aus dem Westen? Die  
Entsorgung der „kleine[n] Sektion Journa-  
listik“ stehe für einen Vorgang der „Kul-  
turkatastrophe“, für „Regime Change“,  
„Landnahme“, „strukturellen Kolonialis-  
mus“, so bemüht Meyen verschiedene So-  
ziologen und deren Begriffsschöpfungen.

Derart larmoyanter Dauernörgelton macht  
die Lektüre quälend. Ebenso pauschale  
Stilisierungen wie diese: „Medienmen-  
schen, die die DDR erlebt haben, fremdeln  
mit manchem, was in den Redaktionen  
heute passiert. Ihr Credo: Öffentlichkeit  
herstellen. Offen für alle, auch für alle  
Themen.“ Diese Erkenntnis ist schlicht  
das absolute Minimum dessen, was von  
„DDR-Medienmenschen“ – wie auch im-  
mer diese Gruppe zu definieren sein  
könnte – nach dem Zusammenbruch der  
DDR erwartet werden durfte. Und das ist  
auch nicht gerade viel. Hinterher sind alle  
schlauer. Und mutiger.

Den großen Unterschied sieht Meyen in  
der Ausbildung: Im Westen das Modell  
Fachstudium plus Volontariat; in der DDR  
eine akademische Journalistenausbildung,  
die „Handwerk und Selbstreflexion ins  
Zentrum rückt“. Der Gesellschaft wäre  
geholfen, so der Autor, wenn „der Journa-  
listin von morgen“ erlaubt wäre, „zu-  
nächst fern vom Berufsalltag verstehen zu  
lernen, was sie bald tun wird.“ Der Rezen-  
sent wundert sich, erinnert er sich doch an  
den September 1987 und an seinen ersten  
Tag als Volontär in den mit elektronischen  
Zahlenschlössern vom Rest des Adler-  
shofer Komplexes separierten Redakti-  
onsräumen der „Aktuellen Kamera“. Alles  
andere als fern vom Berufsalltag und Jahre  
fern vom Studium in Leipzig war schnell  
wie unverblümt zu erfahren, was dort,  
nach dem Durchlaufen der Leipziger Jour-  
nalistenschule, zu tun sein würde. Wenige  
Tage später war auch klar, dass die ge-  
samte Bandbreite an Journalisten vertre-  
ten war, von Könnern bis Luschen, meist  
Leipziger Journalistik-Absolventen der  
Karl-Marx-Universität. Etliche von ihnen  
Zyniker, die genau wussten, was sie jeden  
Tag verzapften und es dennoch taten.  
Viele sehr talentiert und einige sicher auch  
zweifelnd. Wer dagegen im Leipziger El-  
fenbeinturm blieb, eine akademische  
Laufbahn anstrebte, mochte fernab der  
DDR-Medienrealität erleben und glauben,  
dass dort in einer Art Mikrokosmos etwas  
Reines blühe. Und er musste enttäuscht

sein, als nach dem Zusammenbruch der DDR kein Hahn danach krächte. Wer nun ist dafür verantwortlich? Meyen gibt leider nur simplifizierende Pauschalantworten darauf.

„Das Bild, das Presse und Fernsehen seit 1990 von der DDR zeichnen, hat wenig mit dem zu tun, was sich die Zeitzeugen über die Vergangenheit erzählen – vor allem, wenn sie damals im Osten gelebt haben. Die herrschende Geschichtspolitik hat es geschafft, die kritischen Geister in den Redaktionen entweder einzulullen oder ihnen die wichtigsten Publikationsplätze zu verbauen, und so sicher nicht nur mich zum Journalismuskritiker gemacht.“ (S. 31)

Auf welcher empirischen Grundlage fußen solche Behauptungen? Auch hier zeigt sich der Autor eher als Ideologe. Damit stellt er sich und seiner Zunft kein gutes Zeugnis aus. Und vor allem erweist er sich als schlechter Anwalt derer, für die er zu sprechen vorgibt. Das wird besonders dann deutlich, wenn Meyens Argumente klingen wie der „Schwarze Kanal“:

„Die Geschichtspolitik, die ein bestimmtes Bild der DDR durchgesetzt hat, (...) hilft, eine Ordnung zu stützen, die das Privateigentum vergöttert und einen Kult um das Individuum entfacht, obwohl weite Teile der Bevölkerung gar nicht die Möglichkeit haben, das auszuleben, was in ihnen steckt.“ Der Rezensent fragt sich, wie gut Journalistik-Studenten an der KMU-Leipzig ausleben konnten, was in ihnen steckte.

Meyen vermag es leider nicht, die Geschichte der Journalistik-Fakultät übersichtlich und für Außenstehende nachvollziehbar darzustellen. Zeitsprünge, Personenfülle und Querverweise bis ins Heute ergeben bei ihm ein wirres Kaleidoskop, das viel Atmosphärisches vermittelt, aber die Lektüre anstrengend macht. Wer vom Professor hier klare Analyse und stringente Darlegung erwartet, mag enttäuscht sein, wenn die Kapitel in einem Meer aus Anekdoten, Andeutungen und Anrissen

dahindümpeln. Fraglos würzen Dönekes den Text, doch kann sich die Darstellung darin auch verlieren. Spürbar möchte Meyen in diesem Werk auch gar nicht Wissenschaftler sein, sondern Partei – für Unverstandene, Verstoßene, Missachtete, zu denen er sich selbst wohl auch zählt. Wer sich auf diesen Gestus einlässt, kann das Buch als auto-therapeutischen Ansatz verstehen, die Tonalität ertragen und durchaus informative Mikro-Beschreibungen zum Handeln von historischen Akteuren finden. Der analytische Zugang ist jedoch begrenzt, denn es spricht ein Insider mit überdeutlicher Sympathie für seinen Gegenstand über Insider und für Insider. Meyen ist immer ganz nah dran, zu nah. Es fehlt eine Atempause, eine erweiterte Perspektive. Seine Helden sind zudem irgendwie immer gut, alle anderen irgendwie immer böse. Diese unsubstantiiert bleibende Idealisierung der einen und die pauschale Verdammung der anderen Seite nehmen dem postulierten Anspruch die Glaubwürdigkeit. In seiner Gesamtheit wirkt das Buch wie ein langes Klagelied, ohne den angekündigten Ausweg. Denn Meyen löst sein Versprechen nicht ein zu zeigen, was da so Innovatives, Zukunftsweisendes und Krisenbewältigendes im Schoß der volkseigenen Journalistik-Ausbildung geboren worden war, das der selbstgerechte Westen achtlos in der Babyklappe der Geschichte entsorgte. Alles bleibt Behauptung und Meyen die Beweise schuldig.

Immerhin konstatiert er (S. 178): „Natürlich war die Fakultät für Journalistik eine Schule der Partei.“ Die „politische Logik“ jedoch, so Meyen, sei durch „die Logik des akademischen Feldes“ gebrochen worden, „das sich in der DDR nicht ausschließlich an den Vorgaben der führenden Partei ausrichtete, sondern zugleich an den Standards, die nicht zuletzt in der deutschen Universitätstradition wurzelten.“ Talent sei bei der Auswahl immer genauso wichtig gewesen, wie Gesinnung. Ist das nicht Binse? Warum sollte der SED-Staat ausgerechnet das immens

wichtige Werkzeug des Journalismus talentfreien Claqueuren anvertrauen? Dergleichen wäre systemischer Suizid gewesen – mit Ansage und, das Gleichnis sei dem Rezensenten verziehen, mit Ansa-gern.

Das, was die „politische Logik gebrochen“ hat, war sicher nicht die „akademische Logik“, sondern die schnöde Realität. Dagegen strickt Meyen an einer Fama – fleißig, aber mit dünner Wolle. Sein Beitrag zu aktuell bitter nötigen Debatten wirkt an den Haaren herbeigezogen, wütend zusammengeschustert und auf kuri-ose Weise aus der Zeit gefallen.

*Tobias Voigt*

**Igor Tschubais: „Wohin geht Russland?“. Übersetzt und herausgegeben von Dietrich Kegler, Düren: Shaker Media 2021, 88 Seiten, 9,90 Euro**

In den vergangenen Jahren hat der in Moskau lebende Philosoph Igor Tschubais drei Bücher in vorzüglicher deutscher Übersetzung vorgelegt, die einen von der offiziellen Linie abweichende Umgang in der Bewertung und Beurteilung der Geschichte Russlands und auch seiner Rolle in der Gegenwart anmahnen.

Das vorliegende Bändchen versammelt unter dem Untertitel „Politisches Tagebuch 2020/21“ vierzehn Wortmeldungen des Autors, welche allesamt in Russland auf der Internetseite von „Echo Moskwy“, einer der letzten verbliebenen unabhängigen Plattformen im Lande, veröffentlicht wurden und wenigstens kurzzeitig zugänglich waren. Auch in diesen Wortmeldungen bleibt Igor Tschubais sich und seinem Forschungsansatz bezüglich der Erhellung der russischen Geschichte „ohne Mythen und blinde Flecken“ treu.

Es gelingt Tschubais dabei immer, die unheilvollen Verzahnungen des bolschewistischen Putsches von 1917 sowie der folgenden Jahrzehnte sowjetischer Herrschaft mit den heutigen Widrigkeiten des postsowjetischen Regimes aufzuzeigen. Tschubais wird dabei nicht müde, für eine

überfällige Aufarbeitung der sieben Jahr-zehnte totalitärer Herrschaft in seinem Land zu plädieren. Er analysiert systembedingte Prägungen und fordert als erklärter russischer Patriot in einem ersten Schritt praktische Maßnahmen: „Wir müssen uns von den leninistisch-bolschewistischen Ortsnamen, von den leninistischen Denkmälern und Museen befreien und endlich das Mausoleum beseitigen und Lenin aus dem Pantheon der russischen Helden entfernen“. Dem Einwand der „Russophobie“ setzt Tschubais sein leidenschaftliches Plädoyer für ein „reformiertes und aktualisiertes russisches Wertesystem“ entgegen: „Wir müssen uns vom Sowjetismus reinigen!“

Den notorischen Verweis der Machthaber auf die äußeren und inneren Feinde des Landes hatte bereits Lenin praktiziert, um von seiner unrechtmäßigen Herrschaft abzulenken. Die sogenannte Oktoberrevolution hat nie in dieser Weise stattgefunden, wie sie von den Bolschewisten erfolgreich in Szene gesetzt wurde und bis heute ohne kritische Hinterfragung in den Geschichtsbüchern weiterexistiert. Bereits die Bezeichnung Bolschewisten („Mehrheitler“) spiegelte die damalige Realität nicht wider. Tatsächlich hatten sich die Bolschewiki 1917 an die Macht geputscht, nachdem sie infolge ihrer Wahlniederlage die rechtmäßig gewählte konstituierende Versammlung aufgelöst und verjagt hatten. Die leninistische Tradition, mit der Okkupation der Macht auch zentrale Begriffe zu vereinnahmen, hat sich bis heute gehalten. So geriert sich in Deutschland ausgerechnet die Nachfolgepartei der SED als Anwältin für Menschenrechte. Die DDR, also die „Deutsche Demokratische Republik“, hatte sich als ersten deutschen Friedensstaat bezeichnet und ihre mit Schießbefehl, Mauer und Stacheldraht bestückte Grenze als „antifaschistischen Schutzwall“ ausgegeben.

Igor Tschubais arbeitet an einer Reihe von historischen Vorgängen die ideologisch motivierte Legendenbildung in seinem Land heraus. Dabei scheut er auch keine



Tabus, wenn er etwa die Leningrader Blockade als „Belagerung“ beschreibt, da es für die Parteiobere Möglichkeiten gegeben hatte, sich mit Lebensmitteln zu versorgen, während das Volk geopfert wurde. Den Versuch heutiger russischer Historiker, nationale Identifikationsnarrative wie die ehemals „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ mit einem „Großen Sieg“ über den Faschismus umzutauschen, kritisiert Tschubais als eine der charakteristischen „Kreml-Mythologien“. Wladimir Putin höchstselbst hat für eine „Sakralisierung des Kriegsthemas“ gesorgt und ohne Rücksichtnahme auf die Verfassung „durch das Verbot freier Diskussion, das Verbot, den Zweiten Weltkrieg anders als im Sinne der offiziellen Sicht zu behandeln, das Verbot, Hitler und Stalin zu vergleichen“, eine offiziöse Sichtweise zur Verpflichtung gemacht. In diesem Fahrwasser verwundern aktuelle Handlungsweisen wie etwa die völkerrechtswidrige Annexion der Krim oder zweifelhafte Unterstützungen für diskreditierte Regime wie etwa Lukaschenkos Weißrussland nicht weiter.

Tschubais macht unter anderem in der Aushebelung verfassungsmäßiger Grundrechte, einer zynischen Missachtung der Gesetze seitens einer willkürlich ausgeübten Justiz oder auch in der informellen Einseitigkeit staatlicher Medien unheilvolle Traditionen aus. So plädiert Tschubais im Falle des Kremlkritikers Alexej Nawalny, dessen Positionen er durchaus differenziert betrachtet, für einen politischen Dialog: „Wer ihn nicht einmal anhören will, widersetzt sich den Interessen von Millionen Russen und stößt uns auf einen für Russland falschen, völlig unannehmbaren und äußerst gefährlichen Weg“.

Igor Tschubais wurde 1947 in Berlin als Sohn eines sowjetischen Offiziers geboren. Von 1997 bis 2010 war Tschubais als Direktor und Professor des Zentrums für Russlandforschung an der Universität für Völkerfreundschaft tätig. Er ist mit einer

Vielzahl an fachwissenschaftlichen Artikeln und Büchern hervorgetreten. Seinen Lehrstuhl hat er indessen aufgrund seiner systemkritischen Einstellung verloren.

*Volker Strebel*

**Friedrich Wolff und Egon Krenz: Komm mir nicht mit Rechtsstaat, Berlin: Verlag edition ost im Verlag Das Neue Berlin 2021, 208 Seiten, 15 Euro**

Laut Untertitel handelt es sich um ein „Gespräch zwischen einem fast hundertjährigen Juristen und einem langjährigen DDR-Politiker“. Während Friedrich Wolff einem breiteren Publikum in der früheren DDR durch die Fernsehreihe „Der Staatsanwalt hat das Wort“ bekannt geworden ist, dürfte Egon Krenz allen politisch Interessierten in Deutschland durch seinen Beitrag zur „Wende“ von 1989 ein Begriff sein. Die im September 2020 geführten Gespräche, an denen auch das frühere Politbüromitglied Siegfried Lorenz – offenbar ohne Wortmeldung – teilgenommen hat, sind vom *Junge Welt*-Autor Frank Schumann redaktionell bearbeitet worden. Etwa 30 Fotos bzw. „Illustrationen“ hat R. Allertz beigesteuert oder sind durch das „Archiv edition ost“ zur Verfügung gestellt worden. Im Anhang finden sich drei Anlagen – Honeckers „Verteidigungsrede“ vom 3. Dezember 1992, die „schriftliche Wortmeldung“ von Krenz zu Händen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (8. November 2000, EuGH) sowie sein aus der Haftanstalt geschriebener Brief an die sogenannte „Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Hilfe e. V.“ (8. Juni 2001). Festzuhalten ist die dem EuGH vorgelegte Frage, warum es nur in Deutschland „Mauerprozesse“ gebe – in den anderen sozialistischen Ländern habe es schließlich ein entsprechendes „Grenzregime“ gegeben. Von den in der Vorbemerkung in Aussicht gestellten „verschiedenen Sichtweisen auf Vergangenheit und Gegenwart“ und von „beträchtlichen Erlebnis-Unterschieden“ ist im Buch kaum etwas

zu bemerken. In der Regel versichern sie sich gegenseitig: „Egon, du sagst es“ bzw. „Fritz, du hast ja Recht“ oder „Wir sind uns einig ...“. In einem Fall liegt eine deutliche Diskrepanz vor: Wolff bestreitet, in einem am 29. Oktober 1989 geschriebenen Brief Krenz und Genossen zum Austritt aus der SED aufgefordert zu haben – der Widerspruch wird nicht geklärt. Grundsätzlich haben sich beide „nichts vorzuwerfen“, sie seien auch keine „Ewiggestrigen“. Als „Beweis“ führt Wolff an, er habe bis 1989 eine hohe Meinung von der westdeutschen Justiz gehabt – das Verfahren gegen Honecker habe ihn dann eines Besseren belehrt. Die Verfahren gegen Honecker und Krenz werden im Buch ausführlich behandelt.

Der Gesprächsinhalt soll in drei Komplexen zusammengefasst werden: 1. (These der Autoren): Die Bundesrepublik ist kein Rechtsstaat, vielmehr konnte die DDR für sich in Anspruch nehmen, der „eigentliche Rechtsstaat“ in Deutschland zu sein. 2. Die Gesprächspartner suchen nach Ursachen für den „Untergang der DDR“, zeichnen unbeeindruckt davon ein idealisiertes Bild der DDR. 3. Vergangenheit und Zukunft der kommunistischen Bewegung werden der perspektivlosen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gegenübergestellt. Abschließend folgen einige Hinweise, die für manche Leser interessant sein könnten. Insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass die beiden Herren dem Leser seit drei Jahrzehnten präsentierte Halbwahrheiten und Entstellungen zumuten; sehr vereinzelte Einblicke in „Herrschaftswissen“ fallen dagegen kaum ins Gewicht. So erfährt der Leser, dass Erich Honecker über die 1981 mit Helmut Schmidt geführten Vier-Augen-Gespräche Egon Krenz unterrichtet habe.

Das Hauptargument für den postulierten „Rechtsstaat DDR“ ist die – auf Friedrich Engels zurückgeführte – These, dass jedes gesellschaftliche System sein spezifisches Rechtswesen habe, das in erster Linie den Interessen der herrschenden Klasse diene. Während die westlichen Besatzungszonen

nach 1945 und dann die Bundesrepublik das frühere Rechtswesen – und sein Personal – im Wesentlichen übernommen hätten, habe es im östlichen Teil einen konsequenten Bruch mit der Vergangenheit gegeben. Justizapparat und Rechtsvorschriften seien – im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung – „entrümpelt und modernisiert“ worden, die Verfassungen von 1949 und 1968 hätten diese Grundlagen bestätigt. Walter Ulbricht habe 1967 die DDR als den „wahren deutschen Rechtsstaat“ bezeichnet. Für die politische Justiz der Bundesrepublik sei, in der Tradition des Kaiserreiches und des Dritten Reiches, die Verfolgung von Kommunisten eine zentrale Aufgabe gewesen. Vom Sozialistengesetz über die Verfolgung von Kommunisten in den 1950er Jahren und den „Radikalenerlass“ führe eine direkte Linie zu Verfahren gegen „frühere DDR-Bürger“ nach 1990. Komplizierte Rechtsvorschriften und ein intransparenter Justizapparat hätten es für den Bürger schwer bis unmöglich gemacht, zu seinem Recht zu kommen. Bundeskanzler Helmut Schmidt habe 1981 gegenüber Erich Honecker geäußert, der Rechtsstaat erschwere ihm das Regieren – Honecker habe es dagegen leichter. Schmidt habe geäußert, die Bundesrepublik sei „kein Rechts- sondern ein Gerichtsstaat“ bzw. ein „Rechtswegestaat“.

Das Thema „politische Justiz in der DDR“ wird weitgehend ausgeblendet; erwähnt werden die „Waldheimer Prozesse“ von 1950, dabei sei es um Naziverbrecher gegangen, das juristische Personal sei unerfahren gewesen. Der Terminus „politische Schauprozess“ taucht auf – Wolff behandelt dann aber ausschließlich die unter seiner Beteiligung geführten Ost-Berliner Prozesse gegen die westdeutschen Politiker Theodor Oberländer und Hans Globke. Wolff, der jahrzehntelang an der ideologischen Basis der DDR-Justiz und an ihren Urteilen nichts auszusetzen hatte, verlangt nun – (2020!): „Ein Gericht darf weder nach Gefühlslage noch nach ideologischen Vorgaben oder aus politischem

Zeitgeist urteilen.“ Krenz erinnert sich, dass Honecker stolz gewesen sei, kein einziges Todesurteil bestätigt zu haben. In dem Prozess gegen ihn übernahm Honecker die „Hauptverantwortung“ für die Toten an der Mauer, bestritt aber die Existenz eines „Schießbefehls“. Krenz entblödet sich nicht, die Maueropfer mit den Toten an der „Aachener Kaffeefront“ (1945 bis 1951) auf eine Stufe zu stellen. Interessant ist sein Hinweis, Honecker habe Michail Gorbatschow widersprochen, als dieser dem Westen versichert habe, er wolle die Sowjetunion, als Muster für sozialistische Staaten, zu einem Rechtsstaat machen – die DDR sei schon lange ein Rechtsstaat, da „alle wesentlichen Gebiete [...] durch Gesetze geregelt“ seien. Wolffs Vermutung, die DDR habe das Schlussdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens (Januar 1989) nur „widerwillig“ unterzeichnet, stimmt Krenz zu: Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse habe – ohne Beratung – dem Dokument namens aller sozialistischen Länder zugestimmt. Grundsätzlich sei für die DDR die Nachprüfung des Handelns von Partei und Staat durch unabhängige Gerichte ausgeschlossen gewesen.

Über Leitung und Kontrolle der Justizapparate durch die Parteiführung und das Ministerium für Staatssicherheit erfährt der Leser nichts, im Gegenteil: Krenz behauptet, das Politbüro habe sich, zumindest in den Jahren 1976 bis 1989, nicht mit politischen Verfahren befasst; freilich habe Honecker „in Vier- oder Sechsaugengesprächen“ über Fälle gesprochen. Krenz hebt die 1986 begonnenen Bemühungen um eine Reform des DDR-Rechtswesens hervor – ein entsprechender Auftrag sei ihm von Honecker erteilt worden. Es sei – gegen sowjetischen Widerstand – um die Abschaffung der Todesstrafe und die Einführung einer „Verwaltungsgerichtsbarkeit“ gegangen. Die Anfang 1989 in Kraft getretene Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen sei – da sind sich beide Herren einig – „zu spät“ gekommen, doch sei

dadurch der Wille zu Veränderungen dokumentiert worden. Ausführlich schildert Krenz ein am 27. Juli 1989 mit Gregor Gysi geführtes Gespräch, in dessen Verlauf Gysi Vorschläge zur Liberalisierung der Rechtsordnung vorgetragen habe. Als es in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in der westlichen Öffentlichkeit zunehmende Kritik an der Behandlung von Häftlingen in DDR-Gefängnissen gab, sah sich Krenz zu einer Überprüfung der Situation veranlasst. Er befragte den zuständigen Innenminister Friedrich Dickel – dieser habe ihn konsterniert angeschaut und dann gefragt: „Egon, traust du mir zu, dass ich so etwas dulden würde?“ Bei der Überprüfung von drei Haftanstalten seien keine Hinweise auf „übergreifendes Verhalten“ festgestellt worden.

Die Politik der westlichen Siegermächte nach 1945 und der „Hass auf die DDR“ der dominierenden westdeutschen Schichten hätten sich von vornherein auf die Startpositionen eines sozialistischen Staates nachteilig ausgewirkt. Für den Untergang der DDR werden im Gesprächsverlauf verschiedene Ursachen benannt, angefangen vom Agieren der sowjetischen Führung über die unterentwickelte Infrastruktur bis zur „Vernachlässigung bürgerlicher Errungenschaften“. Krenz äußert an einer Stelle recht nebulös, die sowjetische Führung habe der DDR „die Wahrheit nicht immer zugemutet“; die Kritik an Boris Jelzin fällt viel schärfer aus als die an Gorbatschow. Das „schäbige“ Verhalten Jelzins, der die Auslieferung Honeckers an die Bundesrepublik veranlasst habe, ist für Krenz „der dunkelste Punkt“ in den russisch-deutschen Beziehungen. Defizite in der Infrastruktur werden auf die hohen Kosten für Rüstung und die Grenzsicherung zurückgeführt. Unter „bürgerlichen Errungenschaften“ verstehen beide Partner bestimmte Grundrechte, die nach der Französischen Revolution Allgemeingut des gesellschaftlichen Alltags und der individuellen Rechte geworden sind. Die sowjetische Sicht auf diesen Bereich sei nach 1945 auch in ihrer

Besatzungszone zum Tragen gekommen. Krenz konstatiert: „Es [d.i. die Vernachlässigung bürgerlicher Errungenschaften] war zweifellos eine der Ursachen unseres Untergangs.“ Trotz dieser Einschränkung wird im Gespräch ein stark idealisiertes Bild des Lebens in der DDR gezeichnet – für keinen Bereich werden Mängel eingeräumt! Einen Fehler räumt Krenz ein, wenn er die bedingte Glaubwürdigkeit der DDR-Führung darauf zurückführt, „dass wir uns die Wahrheit nicht immer zugemutet haben.“ Selbst um entlassene Häftlinge habe man sich gekümmert – Krenz: „Wir ließen niemanden fallen.“ Und Wolff: „In der DDR lebten wir nicht wie in Feindesland, unterstellten wir den Nachbarn nicht prinzipiell Böses ...“. Gegen die von Wolff behaupteten überall vorhandenen gutnachbarlichen Beziehungen – im Gegensatz zum Leben im Kapitalismus entsprechend Hobbes’ „homo homini lupus est“ – sieht sich sogar Krenz zum Einspruch veranlasst: Es habe durchaus Nachbarschaftskonflikte gegeben, doch auch damit hätten sich entsprechende Gremien befasst. Das Votum der Volkskammer vom 18. März 1990 und der Einigungsvertrag seien durch Manipulationen zustande gekommen.

Für beide Gesprächspartner besteht unverändert ein prinzipieller Gegensatz zwischen einer harmonischen sozialistischen und einer von Widersprüchen geprägten kapitalistischen Gesellschaft. Die seit über 100 Jahren unter sozialistischem Vorzeichen begangenen Fehler und Verbrechen werden nicht thematisiert. Eine neue Definition der „Diktatur des Proletariats“ hat Krenz von dem marxistischen Philosophen Alfred Kosing übernommen, den er 2019 auf Hiddensee getroffen hatte. Demnach bedeute dieses Gesellschaftsmodell „nicht Abschaffung der Demokratie, sondern eine ‚Volksherrschaft‘ unter Bewahrung und Erweiterung bürgerlicher Errungenschaften“. Krenz behauptet, entsprechende Ansätze habe es bei Ulbricht in den 1960er Jahren gegeben. Während die jetzige Führung des kommunistischen

Chinas das „Recht auf Leben“ ernst nehme, trieben westliche Staaten damit „Schindluder“. Dabei würden die sozialen klassenbedingten Spannungen in diesen Ländern ständig weiter zunehmen, was bei den Reaktionen der Bevölkerung auf Pandemie-Maßnahmen deutlich geworden sei. Wolff äußert abschließend einen letzten Wunsch: Er „würde gern nicht sterben wollen, um das Ende dieser Gesellschaft zu erleben.“

Die beiden Gesprächspartner versäumen nicht, ihre Ansichten über die gegenwärtige politische Weltlage zu präsentieren: Es herrsche „kalter Krieg“, und es bestehe sogar die Gefahr eines „heißen Krieges“. Gegenüber Russland, dessen Präsident Wladimir Putin überaus positiv gesehen wird, verfolge der Westen ein aggressives Aktionsprogramm, das letztlich auf einen „Einmarsch“ hinauslaufe. Die „farbigen“ Revolutionen seien von westlichen Geheimdiensten initiiert worden. Die Sanktionen gegenüber Russland und China sind für Wolff „selbstmörderisch“.

Abschließend zu einigen lesenswerten Passagen:

Der Leser erfährt viel über Herbert Wehner, den Wolff als „interessanten“ Politiker in Erinnerung hat. Honecker und Wehner seien „befreundet“ gewesen und hätten häufig telefoniert – Wehner habe als einziger westdeutscher Politiker die private Telefonnummer Honeckers gehabt. Erinnert wird an Wehner als Koautor des Deutschlandplans der SPD von 1959. Um die letzten Hürden für den Grundlagenvertrag zu nehmen, sei Wehner im Frühjahr 1973 nach Ost-Berlin gekommen. Am Vorabend des Vier-Augen-Gesprächs habe es ein Treffen Wehners mit den Vorsitzenden der Volkskammer-Fraktionen gegeben, darunter Krenz als Chef der FDJ-Fraktion. Beim gemeinsamen Abendessen habe Wehner sehr emotional über seine kommunistische Vergangenheit und seine guten Kontakte zu „Teddy“ (Ernst Thälmann) und „Wilhelm“ (Wilhelm Pieck) gesprochen. Und zu seinen politischen Erfahrungen nach 1945: „Wer

einmal Kommunist war, den verfolgt die gesittete bürgerliche Gesellschaft bis an sein Lebensende.“ Als „Gegenleistung“ dafür, dass Krenz einen schriftlichen Bericht über die Veranstaltung an Honecker abgeliefert hat, habe er von ihm das Protokoll des Vier-Augen-Gesprächs erhalten. Wehner habe versichert, der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts werde dem Vertrag zustimmen – was Wolff ironisch mit der Bemerkung kommentiert, dies sei ein gutes Beispiel für die behauptete Unparteilichkeit der Justiz. Positiv äußern sich beide Gesprächspartner über Manfred Stolpe, er sei „ein guter Makler zwischen Staat und Kirche“ gewesen. Seine im Jahr 1985 Krenz vorgetragene Bitte um Haftverschonung für 50 „Totalverweigerer“ sei an Honecker weitergeleitet und vom zuständigen Gericht umgesetzt worden. Im Unterschied zu vielen früheren Genossen habe Stolpe ihm 1989 einen Neujahrsgruß geschickt und versichert, Krenz habe „Gewalt verhindert und das Gespräch am Runden Tisch ermöglicht“, das sei das Entscheidende „für den friedlichen Beginn unserer Umgestaltung“ gewesen.

Mit negativem Vorzeichen werden Jochen Vogel, Rupert Scholz und Gerhard Schröder erwähnt. Ersterer sei trotz seiner privilegierten Behandlung in der DDR „Vorreiter für Honeckers Verurteilung“ gewesen, und Scholz habe Hinweise für die Strafverfolgung von SED-Funktionären gegeben. Schröder habe in den 1970er Jahren mit Rechtsanwalt Heinrich Hannover als Verteidiger in politischen Prozessen eine positive Rolle gespielt, habe dann aber als Bundeskanzler die Rehabilitierung der „Justizopfer des Kalten Krieges“ abgelehnt. Etwas unzufrieden sind Wolff und Krenz mit den Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen – positiv sei, dass ihre Abgeordneten im Spätsommer 1990 gegen die Selbstaufgabe der Volkskammer gestimmt hätten. Erstere seien aber mit dem Thema „Untergang der DDR“ nicht adäquat umgegangen und passten sich zu sehr dem Parteien-

Mainstream der Bundesrepublik an; unverzeihlich sei ihre partielle Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Ihre Empfehlung: Rückbesinnung auf die – angeblichen – pazifistischen Wurzeln der kommunistischen Bewegung; sie behaupten, die DDR-Verfassung von 1968 sei diesen Prinzipien verpflichtet gewesen. Die Grünen verabsolutierten die Bedeutung der Menschenrechte und distanzieren sich aus diesem Grund von der prinzipiell richtigen Innenpolitik Chinas und Kubas.

Die Lektüre des Buches ist nur denjenigen zu empfehlen, die etwas über das Denken und Argumentieren älterer SED-Genossen erfahren möchten.

*Bernd Knabe*

### **Frieden – Fortschritt – Finsternis: Gemälde und Grafik aus der DDR in der Galerie Hennwack**

Das Kunst-Antiquariat Hennwack in der Albrechtstraße 112 in Steglitz, einst Ort einer bekannten Druckerei, zeigt seit Frühjahr 2020 auch regelmäßig Kunstausstellungen. Der Schwerpunkt liegt auf figurativer Malerei und Grafik nicht nur aus Berlin. Gezeigt wird sowohl zeitgenössische Malerei als auch Kunst des 20. Jahrhunderts. Eine der ersten Ausstellungen war den Werken jüdischer Künstler im 20. Jahrhundert gewidmet. Nun also: Kunst der DDR. Die Werke dieser Ausstellung entstammen dem Nachlass des Ost-Berliner Graphiksammlers Heinz Imhof.

Unter den ältesten Werken ist eine sensible Zeichnung des 1893 geborenen Oskar Nerlinger „Fluß mit Boot und Dampfschiff“ von 1942 und das 1948 entstandene, etwas dokumentarische Gemälde „Kaiser-Friedrich-Museum“ von Lothar Howald. Das neueste Werk ist wohl das Blatt „Ich hab’s geahnt“ von Hans Ticha aus dem Jahr 1997. Dazwischen liegt die Zeit der DDR. In der Ausstellung werden einige sehr propagandistische Arbeiten gezeigt. Horst

Strepfels zweifarbige Holzschnitte „Zum Sieg der chinesischen Volksarmee“ von 1949 etwa, das Blatt „Venceremos!“, wohl auf Ereignisse in Chile bezogen, von Arno Mohr, und die Grafik des Pressezeichners Kurt Klamann: „13. August 1961“. Von dem bereits vor 1933 bekannten, heute fast vergessenen Graphiker Heinrich Ilgenfritz – er hatte 1949 die Briefmarkenserie „Berühmte Deutsche“ für die SBZ gestaltet – stammt der Kupferstich „Hans Marchwitza 1890-1965“ aus dem Jahr 1965. Ausgestellt ist auch Graphik von Lea Grundig, die in den 1960er Jahren als einstige jüdische Emigrantin und Präsidentin des Künstlerverbandes der DDR eine repräsentative Rolle ausfüllte.

Für Freunde der DDR finden sich in dieser Ausstellung außerdem u. a. auch ein Teppich der „Zentralschule für Kampfgruppen Ernst Thälmann“, ein roter Teppich „Karl Marx“ und eine Farblithographie „Porträt Karl Marx am Schreibtisch“ aus dem Jahr 1987 von unbekannter Hand.

An dieser Wand hängen auch mehrere Ölgemälde von Vera Singer, die als dezidiert sozialistische Malerin lange Zeit für das Chemiekombinat Buna in Schkopau tätig und vor allem für politische Werke wie ihren Zyklus „Buna-Aphorismen“ bekannt war. Hier aber sind etwas fahl wirkende Bildnisse zu sehen – weniger politische Werke.

Die DDR als historische Landschaft war eben auch ein weites Feld. Es gab nicht nur Propaganda. Da hängt ein „Löwe“ etwa des Dresdner Malers und Graphikers Heinz Drache und eine Lithographie aus den späten 1950er Jahren des ebenfalls in Dresden sehr bekannten Graphikers Josef Hegenbarth. Zu sehen sind auch figurative Bleistiftzeichnungen des später vor allem als Mail-Artist bekannt gewordenen Grafikers und Objektkünstlers Robert Rehfeldt aus dem Jahr 1965 und eine Lithographie von Karl Fischer, der als Illustrator der Ausgaben von *Grimms Märchen* des Kinderbuchverlages beliebt war. Wolfgang Würfel und Peter Nagengast,

beide als Buchillustratoren bekannt, sind ebenfalls mit Arbeiten vertreten.

Der Leipziger Maler Heinz Zander setzte sich in seinen Bleistiftzeichnungen, „Versuchung des Antonius“, Anfang der 1970er Jahre mit dem Vorbild Albrecht Dürer auseinander. Von Dieter Goltzsche findet sich ein Plakat für den „1. Berliner Graphikmarkt der Pirckheimer-Gesellschaft im Kulturbund der DDR“. Diese Gesellschaft war in der Grafik-Szene der DDR eine erste Adresse.

Wer die Kunstgeschichte der DDR kennt, kann in diese kleinen Ausstellungen einige Entdeckungen machen – Anmerkungen zu bekannten Positionen. Es sind verstreute Werke, von bekannten und von fast vergessenen Künstlern, manche durchaus nicht typisch: Propaganda und Landschaft, Märchen und Mythen.

*Bis 26. Januar, Galerie Hennwack, Albrechtstr. 112, 12167 Berlin-Steglitz, [www.galerie-hennwack.de](http://www.galerie-hennwack.de).*

*Felice Fey*